

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 26) 304-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 sfr, Türkei 750 TL, Frankreich 7,00 P, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 fr, Niederlande 2,20 fl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 BS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Ptas, Kanarische Inseln 185 Ptas



exklusiv in der WELT:

### exklusiv in der WELT:

## Stoltenberg fordert von EG Sparsamkeit und Prioritäten

### Hilfe für Bauern soll Vorrang haben / Kabinett berät über die Finanzlage

HEINZ HENY, Bonn  
Angesichts der wachsenden Finanznot, die der Europäischen Gemeinschaft (EG) allem von der Agrarpolitik droht, will das Bundeskabinett nach dem Willen von Finanzminister Stoltenberg Brücken morgen strengere Ausgabenkontrollen verordnen. In seiner Kabinettsvorlage zur „Aktuellen Finanzlage der EG“ bezieht Stoltenberg die Vorbelastung für die nächsten Jahre auf „mindestens 43 Milliarden Mark“.

„Angesichts der schwierigen Lage der Landwirtschaft und der notwendigen Umgestaltung der EG-Agrarpolitik muß der Agrarfinanzierung, soweit unumgänglich, in dieser Übergangsphase Vorrang eingeräumt werden.“ Daraus ergebe sich die „zwingende Notwendigkeit“, in dieser Phase an anderer Stelle „entsprechende Zurückhaltung zu üben“ und bei der Agrarpolitik alle Einsparungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Um den Abbau bestehender Verpflichtungen „in geordnete Bahnen zu lenken“, fordert Stoltenberg, neue Verpflichtungsermächtigungen so niedrig wie möglich anzusetzen. 1986 sind die Eigenmittel der Gemeinschaft durch Erhöhung des Mehrwertsteuerplafonds von eins auf 1,4 Prozent bereits kräftig um 16 auf 82 Milliarden Mark erhöht worden. Für Stoltenberg ist eine Überschreitung dieses Limits „weder 1986 noch 1987 möglich“.

Der finanzielle Spielraum der Gemeinschaft werde in den nächsten Jahren erheblich durch die Aufwendungen für den Abbau der Verpflichtungen, die sich vor allem bei den Strukturfonds angesammelt hätten, sowie durch den Abbau der Agrarüberschüsse eingeengt. Anfang 1986 beliefen sich die Verpflichtungen auf 31,7 Milliarden Mark. Stoltenberg rechnet bei Agrarbeständen von 22,7 Milliarden Mark einen Wertverlust in Höhe etwa der Hälfte, also elf Milliarden Mark, hinzu. In den letzten Jahren seien die Vorbelastungen der EG-Haushalte „deutlich gestiegen“, allein von 1983 bis 1985 um jeweils sechs auf 36 Milliarden Mark.

Seite 6

## Seeleute streiken erstmals seit 80 Jahren

### Die Absage der ÖTV an Schlichterspruch kam in letzter Minute / Ungereimtheiten

GISELA REINERS, Hamburg  
Erstmals seit 80 Jahren sind deutsche Seeleute wieder in einen Streik getreten, unbefristet. Die Reeder nennen ihn „überraschend“ und „unverständlich“. Auch bei der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), die nach eigenen Angaben für 6000 Mitglieder unter den 20 000 deutschen Seeleuten spricht, will sich nicht das rechte Verständnis einstellen. Nur bei der ÖTV, die rund 10 000 vertritt, ist Kampfbereitschaft zu spüren. Ausgelöst wurde der überraschende Streik, weil von der ÖTV nach einer hektischen Verhandlungsrunde über einen neuen Manteltarifvertrag der Schlichterspruch abgelehnt worden ist.

„Wir streiken, bis der Dampfer rosten“, meint vollmundig ein Besatzungsmitglied des Containerschiffes „Victoria Bay“, der im Hamburger Hafen festliegt. Zwar geht die Arbeit an Bord weiter, es wird gelöscht und geladen, aber auslaufen kann das Schiff nicht. 19 Mann der 23köpfigen Besatzung streiken. Bis gestern mit vier Tagen mehr Urlaub zu gewähren; laut Reederverband eine Verbesserung von 4,2 Prozent. Kurz vor Ende der Erklärungsfrist, Freitag, den 11. April, 0 Uhr, lehnte die ÖTV den Schlichterspruch ab und rief den Streik aus. Um 23 Uhr 10 ging das Schreiben beim Kontrahenten, dem Reederverband, ein.

Der DAG hingegen kommt der Schlichterspruch in der Struktur entgegen, wenn das Ergebnis ihr auch noch zu mager ist. Sie verhandelt weiter und hofft noch in dieser Woche auf einen Abschluss. Und die Angestellten-Gewerkschaft grenzt sich ab: „Wenn wir streiken, dann erst nach einer Urabstimmung.“ Auch in der ÖTV-Satzung ist eine Urabstimmung vorgesehen, doch dies gehört zu den Merkmalen dieses Arbeitskampfes: Sie fand nicht statt, jedenfalls nicht an Land. Kenner der Szene vermuten auch, daß den einlaufenden Seeleuten in den Häfen nicht ganz erläutert wird, was der Schlichterspruch beinhaltet.

## Befreit oder vergewaltigt?

Hitlers Krieg hat nicht nur die Deutschen ins Unglück gestürzt. Auch ihre Nachbarn im Osten blieben nicht verschont. Sie sind seither unfrei und leiden unter dem Druck von Moskau. Der Historiker Professor Andreas Hillgruber stellt dazu in seinem Essay „Zweierlei Untergang“, aus dem die WELT heute die zweite Folge abdruckt, fest: Kein Versprechen der Großen Drei über die Zukunft eines befreiten Europas - freie Wahlen, freie Regierungen nach dem Willen des Volkes - ist jemals eingehalten worden.

## Neue Heimat: Die Gespräche zwischen der DDR und dem Bundesrat

Die Gespräche zwischen der DDR und dem Bundesrat über die von dem Bauern Senat über die von dem Bauern Senat beabsichtigte Regionalisierung blieben ohne Einigung. Bürgermeister Wedemeyer: Bremens Konzept könne es nicht sein. „Steuergelder: zu nehmen und die Neue Heimat zu kaufen“.

## Indiskretionen: Das Bekanntwerden der Differenzen zwischen der Kölner Generalstaatsanwaltschaft und der Bonner Staatsanwaltschaft

Das Bekanntwerden der Differenzen zwischen der Kölner Generalstaatsanwaltschaft und der Bonner Staatsanwaltschaft über das Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl hat, ein Nachspiel: Die Aachener Staatsanwaltschaft ermittelt wegen der Verletzung von Dienstgeheimnissen.

## Abmahnungen: Arbeitgeber sind bei der Abmahnung von Mitarbeitern wegen der Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten nicht an bestimmte zeitliche Fristen gebunden (AZ: Bundesarbeitsgericht 5 AZR 70/84)

## Politik

### Fincht: Drei Facharbeiter aus der DDR sind nahe Herleshausen in die Bundesrepublik geflohen. Sie überwandern den neuen Schutzstatus im Hinterland und den Grenzraum mit einem Bohrenschneider. Ein Mitglied des Leipziger Bachorchesters hat sich nach einem Gastspiel in Lehrte bei Hannover abgesetzt.

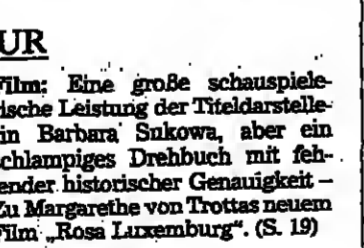
### Transit: Auf den Straßen von und nach Berlin wurden seit Anfang 1985 40 Personen festgenommen, weil sie das in der „DDR“ geltende absolute Alkoholverbot am Steuer mißachtet haben. Der Berliner Senator, Scholz mahnte die Autofahrer, sich mit den Verkehrsregeln vertraut zu machen.

### Abmahnungen: Arbeitgeber sind bei der Abmahnung von Mitarbeitern wegen der Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten nicht an bestimmte zeitliche Fristen gebunden (AZ: Bundesarbeitsgericht 5 AZR 70/84)

## Wirtschaft

### Enttäuschend: Für die 500 größten US-Industriefirmen hat das vergangene Jahr insgesamt enttäuschende Ergebnisse gebracht. Die gebremste Inlandskonjunktur, der unterbewertete Dollar und der schwächere internationale Wettbewerb reduzierten das Umsatzplus von 4,2 auf 2,75 Prozent unter der Inflationsrate. (S. 12)

### Börse: Umfangreiche Kaufaufträge aus dem Ausland führten die Aktienkurse auf einen historischen Höchststand. Der Rentenmarkt blieb freundlich. WELT-Aktienindex 314,74 (308,10). BEF-Rentenindex 108,083 (108,071). BEF-Performance Index 104,839 (104,790). Dollarmittelkurs 2,3135 (2,3050) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,60 (341,95).



## Kultur

### Film: Eine große schauspielerische Leistung der Titeldarstellerin Barbara Sukowa, aber ein schlapplames Drehbuch mit fehlender historischer Genauigkeit - Zu Margarethe von Trotta neuem Film „Rosa Luxemburg“. (S. 19)

## Sport

### Tennis: Die 16jährige Steffi Graf hat das Turnier von Hilton Head (USA) gewonnen. Sie schlug die Weltanglikan-Zweite Chris Evert-Lloyd mit 6:4, 7:5. (S. 8)

## Aus aller Welt

### Geburtstag: Gerhard Fieseler (Foto), Veteran der deutschen Luftfahrt und erster deutscher Weltmeister im Kunstflug, feiert heute seinen 90. Geburtstag. Sein Name ist vor allem verbunden mit dem „Fieseler Storch“, einem Flugzeug, das nur sehr kurze Start- und Landebahnen benötigt. (S. 20)

### Panik: Als beim Ansturm auf ein rituelles Bad im Ganges eine Panik ausbrach, wurden in der indischen Stadt Harwar fast 50 Menschen zu Tode getranpelt. (S. 20)

## Leserbriefe und Personalien

Umwelt - Forschung - Technik Seite 7  
Fernsehen Seite 8  
Wetter: Regnerisch, etwas milder Seite 20

## DER KOMMENTAR

### Desolate Lage

JAN BRECH

Die deutschen Reeder und Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren manchen harten Tarifstreik ausgefochten, sich letztlich aber immer ausgemerzt. Nun, 80 Jahre nach dem letzten Streik in der Schifffahrt, ist der Arbeitsfriede ernsthaft in Gefahr. Die ÖTV hat zu Kampfmaßnahmen aufgerufen.

Hintergrund sind die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag. Auf die Forderung der Gewerkschaften, den Urlaub der Seeleute um 30 Tage zu verlängern und über diese Art der Arbeitszeitverlängerung zusätzliche Stellen an Bord zu schaffen, haben die Reeder mit Gegenangeboten reagiert, die die materielle Lage der Seeleute eher verschlechtern, denn verbessern. Kein Wunder, daß bei diesen gegensätzlichen Standpunkten dem Schlichter keine Einigung gelungen ist.

Dabei wäre eine Einigung am grünen Tisch weit besser als Machtkampf auf dem blauen Meer. Die Lage der deutschen Schifffahrt ist so schlecht wie lange nicht mehr. In der Massengutfahrt sind die Raten so tief im Keller, daß manche Schiffe nicht einmal die Reisekosten einfahren. In der Container-Linienschifffahrt haben zwei neue „Rund-um-die-Welt“-Dienste den etablierten Reedereien den totalen Preiskampf angesagt. Es ist wohl mit der miserablen Stimmung der Reeder zu erklären, daß sie ihren Verband bei den Tarifverhandlungen mit der ÖTV auf strikten Konfrontationskurs geschickt haben. Ihnen steht nicht im Sinn, im Vorfeld der vielleicht schwersten Schifffahrtskrise über 30 zusätzliche Urlaubstage zu verhandeln.

Dies ist ebenso verständlich, wie die Sorge der Gewerkschaften, immer mehr Arbeitsplätze an Bord zu verlieren. Kompromißlose Auseinandersetzungen um völlig unzeitgemäße Forderungen aber schaden beiden Seiten. Reeder und Gewerkschaften sollten sich schleunigst wieder an einen Tisch setzen, um die ohnehin desolate Lage der Branche nicht mehr zu belasten. Aus langer Erfahrung wissen sie schließlich, daß die Realitäten den Spielraum für Tarifverhandlungen festlegen. Trotzreaktionen und Muskelspiel helfen nicht weiter.

## „Sexualität heute“ ist abgesetzt

DW, Mainz

Der Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), Dieter Stolte, hat nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub die sofortige Absetzung der Fernsehproduktion „Sexualität heute“ veranlaßt. Er erklärte, bereits die Ausstrahlung der ersten Folge habe Fragen der inhaltlichen Bewältigung wie der formalen Vermittlung dieses Themas im Fernsehen aufgeworfen. Von der Verfügung war schon die für gestern vorgesehene zweite Folge betroffen, die durch eine andere Sendung ersetzt wurde.

## Sacharow-Appell von Schtscharanski

DW, Berlin

Vor Eröffnung der KSZE-Gegenkonferenz in Bern ist gestern ein Appell des Bürgerrechtlers Anatoli Schtscharanski zugunsten von Andrej Sacharow verlesen worden. Darin wird Sacharow als eine „heldenhafte Persönlichkeit“ der „besten Traditionen der russischen Intelligenzija“ bezeichnet. Die UdSSR solle die Verfolgung einstellen und ihm die Möglichkeit geben, „seine edlen Aktivitäten unter menschenwürdigen Bedingungen fortzusetzen“.

## Richter-Wechsel vor Entscheidung

DW, Bonn

Die SPD ist entschlossen, den Streit um den Paragraphen 116 AfG von Bundesverfassungsgericht entscheiden zu lassen. Bei der derzeitigen Arbeitsbelastung der Verfassungsrichter kann jedoch frühestens Mitte bis Ende 1987 verhandelt werden. Dann wird der heutige Vizepräsident und künftige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, den Plenarsaal mit mindestens vier neuen Richtern betreten. Seite 4: Wer entscheidet?

## Ämterwechsel beendet die Regierungskrise in Israel

DW, Jerusalem

In Israel ist die einwöchige Regierungskrise beigelegt worden, die den Zusammenhalt der Regierung der Nationalen Einheit, der Koalition aus dem national-liberalen Likud-Block und der Arbeiterpartei, bedroht hatte. Auf einer nur fünfminütigen Kabinettsitzung wurde beschlossen, daß Justizminister Moshe Nissim und Finanzminister Jitzhak Modai ihre Ressorts bis zum Ende der Legislaturperiode im September 1988 tauschen.

Ministerpräsident Shimon Peres hatte schon zu Beginn der „Affäre Modai“ einen Wechsel an der Spitze des Finanzministeriums gefordert. Der Chef des Likud-Blocks und derzeitige Außenminister, Jitzhak Shamir, gab Peres darüberhinaus die Zusicherung, daß auch nach der Rotation im Oktober, wenn Regierungschef und Außenminister die Posten wechseln, Modai nicht wieder ins Finanzressort zurückkehrt.

Die Affäre war ausgelöst worden, nachdem Modai (Likud) den sozialdemokratischen Regierungschef öffent-

## Krieg nach 335 Jahren beendet

DW, London

Der seit 335 Jahren bestehende Kriegszustand zwischen den Niederlanden und den britischen Scilly-Inseln soll nun ein Ende finden. Am 17. April wird der holländische Botschafter zum Friedensschluß die Inseln besuchen. Hintergrund der Aktion, die Briten und Niederländer schmunzeln läßt: Aus Archivunterlagen ging hervor, daß der Flottenanführer der Holländer 1651 gegen Piraten der Scilly-Inseln nicht mit einem Friedensschluß beendet worden war.

## Europa bleibt bei Nein zu Sanktionen

### Beschlüsse der Sondersitzung in Den Haag / Deutsche Unternehmen: Mitarbeitern in Libyen geht es gut

A.E. Bonn/Den Haag  
Über die Lage nach den jüngsten Terroranschlägen berieten gestern in einer Sondersitzung in Den Haag die Außenminister der zwölf EG-Staaten. Sie lehnten erneut Wirtschaftssanktionen gegen Libyen ab und einigten sich darauf, die Bewegungsspielräume von Mitarbeitern der Volksbüros in allen Staaten der Gemeinschaft einzuschränken. Überdies waren sich die Minister einig, das libysche Personal in den Volksvertretungen zu vermindern. Der britische Außenminister Howe fand keine Mehrheit für seinen Vorschlag, alle libyschen Botschaften zu schließen. Gescher sprach vor der Abreise nach Den Haag von einer „sehr, sehr ernsten Krise“ im Mittelmeer. Er rief alle Parteien zur Besonnenheit auf, um eine weitere Verschlechterung der Lage durch unbedachte Erklärungen zu vermeiden. Nach einem Treffen mit US-Botschafter Burt und Vertretern der Arabischen Liga in Bonn bekräftigte Gescher, man müsse alles tun, um einen militärischen Konflikt zu vermeiden. Im amerikanischen Fernsehen definierte der stellvertretende US-Außenminister John Whitehead die Voraussetzung für den Verzicht der USA auf ein militärisches Handeln. Khadhafi müßte sein Verhalten ändern und aufhören, „Terroristen auszubilden, zu finanzieren und sie mit Waffen und Unterlagen zu finanzieren“.

Die Sowjetunion steht nach eigenen Angaben „in Kontakt“ mit den USA, um eine US-Militäraktion zu verhindern. Sie wolle sich aber noch nicht festlegen, ob Libyen militärische Hilfe von den Warschauer-Pakt-Staaten erwarten könne. Der stellvertretende Außenminister Korniienko meinte, es sei „kontrapunktiv“, jetzt zu sagen, was der Warschauer Pakt im Fall einer amerikanischen Aggression konkret gegen Libyen unternehmen werde. Das Wichtigste, so Korniienko, sei, eine Aggression zu verhindern. In London hieß es gestern von amtlicher Seite: „Falls Europa versagt, wäre es nicht überraschend, wenn die USA den Eindruck bekommen, etwas unternehmen zu müssen“.

## Ein kurzer Knall - das Rohr ist dicht

DIETTER THIERBACH, Bonn

Das Rohrleitungsnetz im Bedarfsfall mit Ventilen geöffnet und geschlossen werden, ist Stand der Technik. Doch was tun im Notfall, wenn diese mechanischen Regelungen blockiert oder außer Funktion gesetzt sind? Daß sich jetzt jemand mit Sprengstoff an solche Anlagen heranwagt, hat nichts mit Geländeübungen im Vorfeld terroristischer Umtriebe gemein.

Hans-Ulrich Freund und Klaus Hollenberg, beide promovierte Physiker beim Frankfurter Battelle-Institut, haben sich Gedanken darüber gemacht, wie man unrlötzlich entstandene Lecks, aus denen große Mengen an Gas oder Flüssigkeit herauschießt, in den Griff bekommen kann. Ihre Entwicklung, die verblüffend einfache Lösung des Problems, entbehrt nicht eines gewissen Knalleffektes: Ihm zufolge liegt ein mobiler, sprengtechnischer Verschluss, der - das liegt in der Natur der Sache - nur einmal verwendet werden kann, dafür aber „bombenfest“ sitzt.

An der zu verschließenden Stelle wird der Sprengverschluss als eine Art Manschette mit einem Scharnierarmband in der Mitte einfach um das Rohr gelegt. Klaus Hollenberg: „Das funktioniert sogar als letzte Notmaßnahme, wenn das Unglück schon passiert ist.“ Bei knapp 1000 Gramm Sprengstoff ergibt sich für den Radikalverschluss eines Rohres von 15 Zentimeter Durchmesser ein Manschettengewicht von zirka zwei Kilogramm.

Der Notverschluss selbst besteht aus Aluminium und einer darauf angebrachten Gummisschicht, auf der sich wiederum die hochbrisante Lage des Sprengstoffs Hexogen befindet. Die Menge des aufgetragenen Hexogens nimmt von der Mitte zu den Enden hin ab. Dadurch wird erreicht, daß die Blitz-Abschnürung des Rohres bei der Detonation in der Mitte stärker als an den Enden ist. Beim Verschluss-Knall gibt's keine Splitter.

Seite 7  
Seite 8  
Seite 18  
Seite 20



# Eine Vision am Ende von 2000 Jahren

Es war eine große Geste der Wiedergutmachung und eine historische Begegnung der Versöhnung. Doch der Besuch von Papst Johannes Paul II. in der Synagoge von Rom war noch kein Schritt hin zur Anerkennung des Staates Israel durch den Vatikan, den mancher unter den Gastgebern gewünscht und erhofft hatte.

Von F. MEICHSNER

Am Ende steht am Himmel ein Zeichen. Als Johannes Paul II. den Tempel verläßt, ist vom vatikanischen Tiber-Ufer aus zu beobachten, wie genau über der Mitte der Synagogen-Kuppel nach wolkenbruchartig Unwetter ein Regenbogen aufsteigt. Zur Hälfte überwölbt er den Fluß, der bis zu diesem 13. April die Trennungslinie markierte über dem nur wenige hundert Meter breiten, aber 2000 Jahre tiefen Abgrund zwischen Christen und Juden.

Die Vision am Firmament verblaßt kurz darauf in der Abenddämmerung. Was bleibt, ist die unaussprechliche Erinnerung an einen Tag, der in die Geschichte eingehen wird. Zum erstenmal hat ein Papst eine Synagoge besucht.

Wäre ein solcher Besuch tausend Jahre früher gekommen, hätten wahrscheinlich Millionen von Menschenleben vor brutaler Gewalt und Erniedrigung bewahrt werden können. Diese kritische Anmerkung, enthalten in einem Brief des Präsidenten der europäischen Rabbiner-Konferenz, Sir Emanuel Jakobowitz, an den römischen Oberabbate Elio Toaff, liegt in der Erwartung, Hoffnung und Skepsis über den Menschen, die im Haupttempel der ältesten jüdischen Gemeinde des Okzidents, dort, wo Papst Paul IV. im Jahre 1555 das Ghetto einrichten ließ, den Nachfolger des Apostelstufens erwarten.

## Einzug unter den Klängen des „Halleluja“

Ein historisches Ereignis? Warten wir ab. Die Frau, in deren Gesichtszügen alle historische Erfahrungen und Weisheit ihres Volkes komprimiert zu sein scheinen, stimmt in Erwartung des Gastes aus dem apostolischen Palast am anderen Tiber-Ufer noch keineswegs das „Halleluja“ an, unter dessen Klängen Johannes Paul II. dann seinen Einzug halten wird.

Die Frau entstammt der römischen Judenfamilie Anav. „Meine Familie“, sagt sie, „kam lange vor den Päpsten nach Rom, sogar noch vor Christi Geburt.“ Ihre Vorfahren haben den Tod Cäsars beweiht und dem Kaiser Augustus zugejubelt. Sie haben päpstliche Toleranz, aber auch Drangsalierung und totale Entrechtung in den Jahrhunderten weltlicher Papst-Herrschaft erfahren. „In Rom geht es uns Juden, heute gut, aber anderswo...“

Als der Papst dann neben dem ebenfalls in Weiß mit schwarzweißen Gebetsumhang bekleideten Oberabbate durch den Mittelgang der Synagoge



Ein Papst hält Hatzog in die römische Synagoge: Johannes Paul II. und Oberabbate Elio Toaff (rechts)

binner durch den Mittelgang der Synagoge zum erhöhten Thora-Schrein schreitet, ist in der Menge noch immer etwas von dieser kühnen Zurückhaltung zu spüren, die in dem Gespräch zuvor zum Ausdruck kam. Keine Hand rührt sich zum Beifall.

Ganz plötzlich aber schlägt die Stimmung um. Zögernd setzt Applaus ein, der von Sekunde zu Sekunde anschwillt. Als sich Karol Wojtyla, von Oberabbate Toaff aufmerksam gemacht, einer Gruppe von KZ-Überlebenden zuwendet, die ihm von einem Seitenschiff aus mit ihren dunkel- und hellblau gestreiften Halstüchern zuwinken, ist das Eis endgültig gebrochen.

Nachdem Papst und Oberabbate auf zwei gleichen, nebeneinanderstehenden, brokatbezogenen Sesseln Platz genommen haben und Rabbi Della Rocca aus der Schöpfungsgeschichte und aus dem Buch Micha die Verheißung an Abraham und die Prophezeiung von der Erlösung Israels verlesen hat, kann der Vorsitzende der israelitischen Gemeinden Italiens, Giacomo Saban, in seiner Begrüßungsrede an den Gast sogar einige heikle Themen ansprechen, ohne daß dadurch das Klima beeinträchtigt wird.

Es bringt nicht nur die Forderung nach Anerkennung Israels durch den Vatikan vor, er übt auch indirekt, aber unüberhörbar Kritik an Pius XII. und dessen Substitut Montini, dem späteren Papst Paul VI., als er unter Hinweis auf die Judenverfolgungen der Kriegsjahre sagte: „Was damals auf dem einen Tiber-Ufer geschah, konnte auf der anderen (vatikanischen) Seite des Flusses nicht übersehen werden - wie auch nicht anderswo auf dem europäischen Kontinent vor sich ging.“

Der Papst hört aufmerksam zu. Die Menge schweigt. Beifall erhebt sich aber sofort nach dem nächsten Satz: „Immerhin fanden zahlreiche unserer Brüder dank mühtiger Initiativen Hilfe und Zuflucht gerade in jenen Konventen und Klöstern, die sie so viele Jahrhunderte lang zu fürchten gelehrt hatten.“

Nach Toaff, der vom Theologischen her noch einmal das Thema

Israel-Anerkennung anschnaidet und - unter ausdrücklichem Hinweis auf die Diskriminierung der Schwarzen in Südafrika sowie auf die Unterdrückung der religiösen Freiheit für Juden und Katholiken in der Sowjetunion - zum gemeinsamen Kampf für das Recht des Menschen auf Freiheit aufruft, wird dem Gast das Mikrofon zugeschoben.

## Auf den Spuren von Papst Johannes XXIII.

Würde sein Charisma, das immer wieder Millionen von Menschen in der ganzen Welt gefangenimmt, auch in diesem kleinen, historisch aber so delikaten Rahmen wirken? Ganz sicher war sich wohl niemand von den Organisatoren dieser Begegnung. Aber nach wenigen Sätzen verfliegt die letzte Besorgnis. Karol Wojtyla füllt auch diesen Raum unter den sieben riesigen siebenarmigen Leuchtern mit seiner Persönlichkeit.

Schon mit der Anrede „Liebe jüdische und christliche Freunde und Brüder“ findet er Beifall. Und als er sich dann als Erbe Johannes XXIII. bekennt, schenken sich ihm auch die Herzen zu öffnen. Dieser Papst, den der Oberabbate vorher einen „Gezeitenpapst“ nannte, wird von den Juden Roms als Bahnbrecher jüdisch-christlicher Versöhnung verehrt - seit jenem Sabbat, an dem er seinen Wagen vor der Synagoge anhalten ließ, um die vom Gebet im Tempel Kommanden zu segnen.

An diese Geste erinnert Johannes Paul II. und unterstreicht dann die Verflechtung von Judentum und Christentum. „Zur jüdischen Religion haben wir Beziehungen wie zu keiner anderen Religion.“ Damit leitet er auf den Höhepunkt seiner Rede hin, auf die Worte, die einen Beifallssturm auslösen: „Ihr seid unsere Lieblingsbrüder und - in gewisser Weise kann man sagen - unsere älteren Brüder.“

Manches wird dann noch gesagt - in Wiederholung oder auch zum ersten Mal aus dem Munde eines Papstes: Über die Zurückweisung jedes theologisch begründeten Vorwandes

für den Anti-Semitismus, über die „verurteilungswürdige“, wenn auch historisch mitbedingte Diskriminierung und Unterdrückung der römischen Juden im Kirchenstaat, über die Differenzen, die auch mit diesem Besuch noch keineswegs überwunden sind, über die Verurteilung des Terrorismus, über den Wunsch nach Zusammenarbeit im Dienste des Menschen und seines Lebens „von der Empfängnis an bis zum natürlichen Tod“.

Ein Punkt freilich bleibt vom Papst unerwähnt: die Anerkennung Israels. Das mag manchen der Anwesenden enttäuschen, war aber wohl nicht anders zu erwarten. Schon die Zusammensetzung des päpstlichen Gefolges hat deutlich gemacht, daß der Vatikan die Politik bei diesem Ereignis ausklammern wollte.

Johannes Paul II. ließ sich nicht von Kardinalstaatssekretär Casaroli, sondern vom Kardinalvikar von Rom, Poletti, und vom Präsidenten des - auch für die Beziehungen zum Judentum zuständigen - christlichen Einheitssekretariats, Kardinal Willebrands, begleiten.

## Zum Schluß eine spontane Umarmung

Dem israelischen Botschafter, der mit seinem Militärattache gekommen war, heißt am Ende nur die Hoffnung, daß der Besuch vielleicht doch noch „einen neuen Weg zur Anerkennung unseres Staates öffnet“.

Alle Enttäuschung aber geht unter in der allgemeinen Bewegung. Als der Papst geendet hat und der Chor das „Ani Ma amin“ antimmt, jenseits „Ich glaube fest an das Kommen des Messias“, mit dem die Juden in den Konzentrationslagern ihren Gang in den Tod antraten, kommen so manchem die Tränen.

Und als sich Papst und Oberabbate dann spontan, ohne jede vorherige protokolllarische Vereinbarung, umarmen, führt die Nachfahrin der altirischen Judenfamilie, die Vergangenheit ist zwar nicht vergessen, aber sie ist in die Annalen der Geschichte abgelegt.

# Der Brüsseler Segen wird so schnell kein warmer Regen

Das Geld der deutschen Steuerzahler fließt in immer größeren Strömen nach Brüssel, wo es wie in einem Faß ohne Boden versickert. Nur ein kleiner Teil erreicht die Bauern direkt. Sie profitieren aber von hohen Preisen.

Von HANS-J. MAHNKE

Die Situation ist schon paradox. Da wird in Brüssel ständig darüber nachgedacht, wie die Europäische Gemeinschaft finanziell über die Runden gebracht werden kann. Gleichzeitig verschenkt die Gemeinschaft quasi 100 000 Tonnen Butter an die Sowjetunion. Zahlen die Sowjets 1973 beim ersten Butter-Geschäft noch 30 Pfennig für das Halbpfund-Päckchen, so sind es jetzt nur noch knapp 20 Pfennig.

Die Gemeinschaft scheint's doch zu haben. Immerhin belaufen sich die Kosten für die EG-Steuerzahler beim Butter-Geschäft auf rund 700 Millionen Mark. Davon kommen bei einem deutschen Finanzanteil von knapp 30 Prozent 200 Millionen Mark aus der Bundesrepublik. Dies ist immerhin ein Fünftel der Summe, die der Deutsche Bauernverband in seinem Notprogramm für die deutsche Landwirtschaft fordert. Oder: Jedem Vollbauern in der Bundesrepublik hätte man einen braunen 500-Mark-Schein in die Hand drücken können.

Allerdings: Der wird vom Berufsstand nicht annehmbar. Liegt dies daran, daß die Bauern ihn auf anderem Wege schon erhalten haben? Die Klagen darüber, daß die Brüsseler Agrarsubventionen - immerhin mehr als 46 Milliarden Mark in diesem Jahr oder rund zwei Drittel der Gemeinschaftsmittel - nicht bei den Bauern ankommen, sind alt. Schon Anfang der siebziger Jahre kritisierte der SPD-Agrarexperte Martin Schmidt (Gellersen), das „Perverse an dem System“ sei, daß den Landwirten von jeder Mark Stützungskosten ganze zehn Pfennig hiebeln. Zehn Prozent nannte kürzlich auch noch der renommierte Agrarwissenschaftler Hermann Priebe. Der Europäische Gerichtshof veranlagt die Sickerkosten auf 70 Prozent. Andere Rechnungen liegen im Ergebnis dazwischen.

Bei dem Buttergeschäft haben nicht nur die Sowjets einen Vorteil gegenüber den deutschen Verbrauchern, die mehr als zehnmal so viel für das Päckchen zahlen müssen, sondern es verdienen auch die Transportunternehmer, die Kühlhäuser, die Banken, da die Butter zunächst auf Kredit eingelagert wurde, und die Exporteure. Hinzu kommen die Kosten für die Bürokratie. Ihnen wird jedoch dieser Widerstand der Agrarpolitik angelastet.

Angesichts einer solchen Lage müßten die Systemveränderer doch Hochkonjunktur haben. Der Bauernverband und Landwirtschaftsminister Kiechle sind sich jedoch einig, daß die EG-Marktornungen erhalten bleiben müßten.

Deutlich wird dieses an einer „Gegenrechnung“, die einmal der Verband des Deutschen Groß- und Außenhandels mit Vieh und Fleisch aufgemacht hat. Denn auch Rindfleisch wird an die Sowjets verschleudert. Danach wurden 1983 die Produzenten von Rindfleisch in der EG mit 13,7 Milliarden Mark „gestützt“.

Die Feststellung, daß von den Brüsseler Agrarsubventionen ein erheblicher Teil bei den Bauern nicht ankommt, darf nicht zu dem Schluß verleiten, daß sie davon nichts hätten. Es sagt allerdings etwas darüber aus, wie unwirtschaftlich diese Form der Subventionierung ist. „Die unsichtbaren Kosten der Preisstützung sind zum größten Teil in den Verbraucherpreisen versteckt“, analysiert der liberale Kronberger Kreis. „Es sind jene Kosten, die die Agrarpolitiker gleichsam auf Tauchstation geschickt haben, damit sie keiner sieht.“

Wenn die Stützpreise um 25 Prozent über den Gleichgewichtspreis liegen, dann summieren sich die Verbraucherbelastung auf jährlich mindestens 86 Milliarden Mark, also auf das Doppelte, was in Brüssel ausgewiesen ist. Aus den nationalen Haushalten wird noch einmal die gleiche Summe aufgebracht.

Wie diese Tage zeigen, soll die Hilfe aus dem Bundeshaushalt verstärkt werden. Höhere Zuschüsse für die Sozialversicherung haben den Vorteil, daß sie die Produktion nicht noch weiter anregen. Aber die Überproduktion ist so gewaltig, daß die Sowjetunion-Geschäfte zu Schleuderspreisen noch auf Jahre notwendig sind, um Luft in die Lagerhäuser zu bekommen, weil sonst die Preisstützung zusammenbrechen würde.

Nun mag man an dieser Rechnung an der einen oder anderen Stelle herumädeln, fest steht jedoch, daß die Bauern erheblich weniger erzielt hätten, wenn ihre Preise nicht künstlich auf einem hohen Niveau gehalten würden. Zu dem Preis, den sie erhalten hätten, sie weniger verkauft.

So hat jetzt auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Landwirtschaftsministerium, von Geldern, „große Bedenken“ gegen

## Geht der Bauer nicht zur Wahl

und den um die bäuerlichen CDU-Wähler fürchtenden niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht war bis zum Montag mittig ein Geheimgehalt worden. Allzu leicht wäre es den um ihre Zukunft bangenden Landwirten sonst wohl gefallen, das Dörfchen auf den Neustädter „Rübenbergen“ kurzerhand mit ihren Traktoren zu blockieren.

Doch rund um Lühberts Hof verbreitet sich die Kunde über den geplanten Besuch in Windesiel, als die ersten Polizeifahrzeuge auftauchen. Ein Jungbauer findet noch Zeit genug, eine Fuhre Mist auf und an des Kanzlers Fußweg vom Hubschrauber abzuladen („CDU/FDP-Agrarpolitik alles Mist“). Im Handumdrehen tauchen einige Dutzend Trecker auf, deren Fahrer allerdings nach Aufforderung durch die Polizei brav zur Seite fahren und die dröhnenden Motoren abstellen.

Die scheinbar heile Welt des südbäuerlich gefegten Dörfchens Welze, da

gibt es keinen Zweifel, ist nur oberflächlich in Ordnung. In den Köpfen der Landwirte rumort der Verdruß über die Brüsseler Preisvorgaben. Gastgeber Heinrich Lühbert (61), gibt bereitwillig Auskunft über seine eigenen Probleme: Die Erlöse für seine gut 300 Schweine, davon 70 Zuchtsauen, seien seit einem Jahr um ein Viertel gefallen; kaum anders sehe es für die etwa 50 Stück Rindvieh, Kartoffeln und Zuckerrüben aus.

Oh die Hilfsmaßnahmen, über die bei ihm in der Stube beraten werden soll, Rettung bringen? Bauer Lühbert redet nicht drumrum: „Wenn die in Brüssel bei den Preisen nicht hart bleiben, ist auch eine Milliarde aus Bonn auf die Dauer wirkungslos.“

Dieser Satz kennzeichnet die Stimmung derer, die da noch lange nach des Kanzlers Ankniff vor dem Hofort stehen und diskutieren. Auf einem Transparent hieß es ironisch: „Geht der Bauer nicht zur Wahl, regnet's D-Mark allemal.“

# Unsere Initiativen für die Leistungsfähigkeit der Börse kommen Ihnen als Anleger zugute.

Neben bewährten Standardwerten, die eine solide und breite Angebotsbasis bilden, finden in zunehmendem Maße Aktien-Neuemissionen starke Beachtung an der Börse und stoßen auf lebhaftes Anlegerinteresse.

Als Partner trägt die Deutsche Bank mit dazu bei, durch Placierungen von Aktienemissionen expandierender Unternehmen den Weg zum Kapitalmarkt zu ebnen. Damit wird für diese Unternehmen die finanzielle Basis zur Lösung wirtschaftlicher und technischer Zukunftsaufgaben geschaffen.

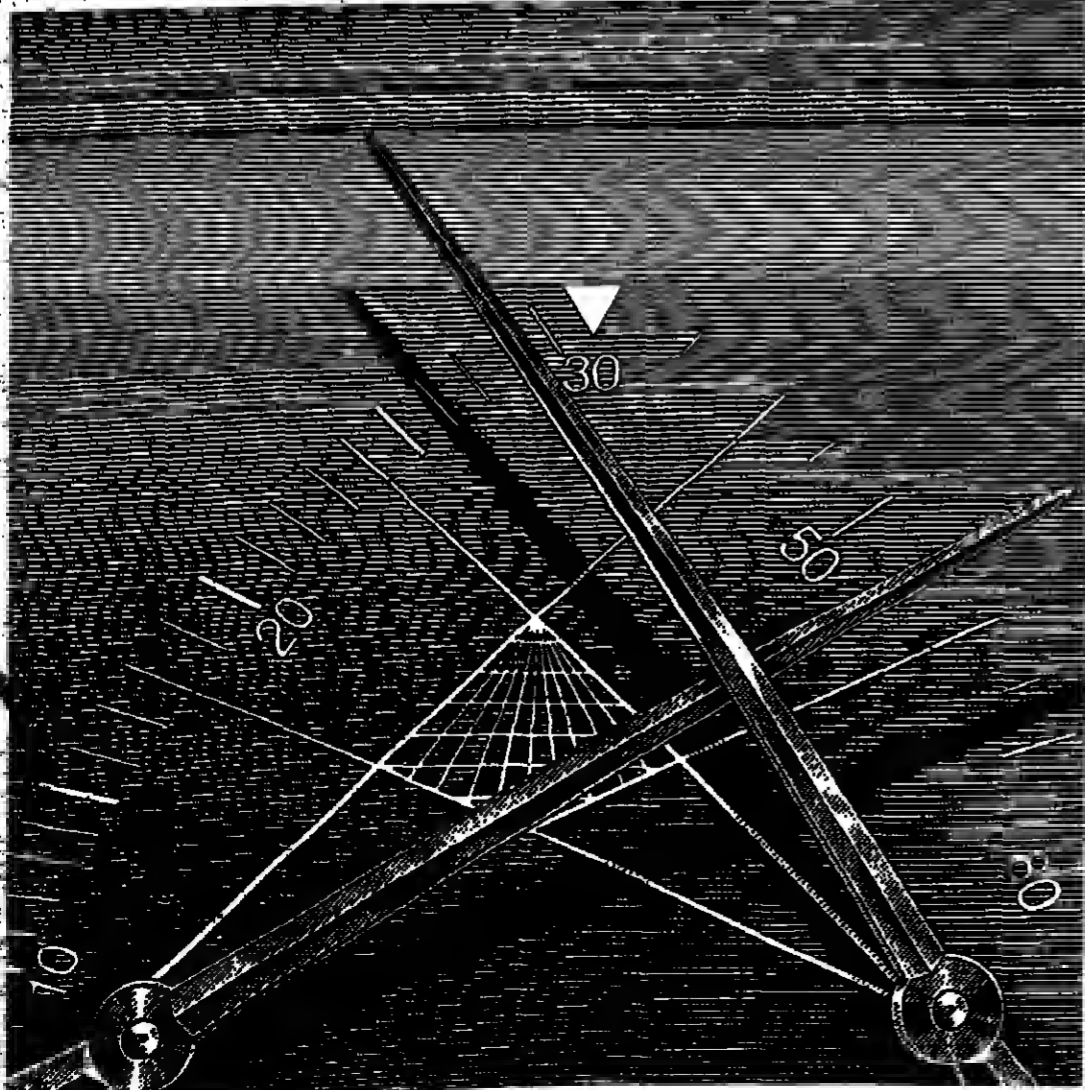
Für beide Seiten, Unternehmen wie Kapitalanleger, stellt die Börse durch die

Neuemissionen ihre Leistungsfähigkeit erneut unter Beweis. So ist die Aktie als klassisches Finanzierungsinstrument für die Unternehmen heute lebendiger denn je. Für den Kapitalanleger bieten Neuemissionen interessante Perspektiven zur Abrundung seines Depots.

Wer das erweiterte Anlagespektrum der Börse nutzen will, sollte mit unserem Anlageberater über diese interessante Anlagemöglichkeit sprechen.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank





Unabhängig, auch wenn ein Gutachten ihres ehemaligen Kollegen Benda vorliegt: Verfassungsrichter

FOTO: KEYSTONE

## Über den Paragraphen 116 könnten die Karlsruher Richter erst 1987 befinden

Von HENNING FRANK

Im Fahrplan der SPD ist die am Freitag zu erwartende Zustimmung des Bundesrates zum neuen Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) schon enthalten. Und auch die anschließende Prüfung des Gesetzes durch den Bundespräsidenten ist für die Sozialdemokraten lediglich eine Durchgangsstation auf dem Weg nach Karlsruhe.

So große Hoffnungen angeblich einige ihrer Bundes- und Landespolitiker wie der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinenmann haben, daß Richard von Weizsäcker seine Unterschrift unter das Gesetz verweigern wird, weil „der Bundespräsident nicht so leichtfertig mit dem Grundgesetz umgeht wie die Regierung in Bonn“, das eigentliche Ziel der SPD im Streit um Paragraph 116 AFG ist das Bundesverfassungsgericht.

Wenn Richard von Weizsäcker anders als sein Vorgänger Karl Carstens, sich nicht im wesentlichen darauf beschränken sollte, das korrekte Zustandekommen des Gesetzes zu kontrollieren, sondern als „politischer Bundespräsident“ von seinem Haus auch noch in einem mit ziemlicher Sicherheit langwierigen Verfahren seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen läßt, dann wäre das für die Sozialdemokraten zwar ein willkommenes Zwischenaufenthalts, aus dem sie politisches Kapital schlagen könnten.

### Die SPD bereitet sich generalstabsmäßig vor

Auch sie rechnen jedoch offensichtlich damit, daß der Bundespräsident das Gesetz ausfertigen und verkünden wird. Anders ist jedenfalls die fast generalstabsmäßige Vorbereitung des Kabinetts Rau in Düsseldorf auf eine Anrufung des Bundesverfassungsgerichts nicht zu verstehen. Von ihr versprechen sich die nordrhein-westfälische Landesregierung und die SPD schon darum einen Erfolg, weil sie den Gang nach Karlsruhe mit einem Gutachten des

Ex-Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, antreten werden.

Der heutige Professor für Öffentliches Recht an der Universität Freiburg war bis Ende 1983 Vorsitzender des 1. Senats des Karlsruher Zweilingsgerichts, der über die Verfassungsmäßigkeit des neuen Paragraphen 116 AFG zu entscheiden haben wird. Abgesehen davon, daß sich die Mitglieder des „Grundrechtssenats“, wie übrigens auch die Richter des 2. Senats, von einer Stellungnahme eines ehemaligen Kollegen nicht mehr beeindrucken lassen als von einer „normalen“ wissenschaftlichen Arbeit, ist kaum damit zu rechnen, daß sich der 1. Senat noch in der derzeitigen Zusammensetzung damit beschäftigen wird.

Von den sieben Richtern des achtköpfigen Spruchkörpers, die noch mit Ernst Benda zusammengearbeitet haben, ist kürzlich Franz Niedermaier verstorben, und drei weitere scheiden nach Erreichen der Altersgrenze bzw. dem Ende ihrer Amtszeit in den nächsten anderthalb Jahren aus: der Freiburger Staatsrechtler Konrad Hesse, Dietrich Katzenstein und Helmut Simon.

Selbst wenn die Klage gegen den neuen Paragraphen 116 AFG noch vor der Sommerpause beim Verfassungsgericht eingehen sollte, was allerdings nicht einmal von den kühnsten Optimisten für möglich gehalten wird, kann darüber bei der derzeitigen Arbeitsbelastung des 1. Senats frühestens Mitte bis Ende 1987 verhandelt werden. Dann wird der heutige Vizepräsident und künftige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Roman Herzog, den Plenarsaal mit zumindest vier neuen Richtern betreten.

Einer von ihnen muß schon in den nächsten Wochen vom Wahlmännerausschuß des Bundestages gekürt werden, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß so wichtige Entscheidungen wie die über das niedersächsische Landesrundfunkgesetz und die Blockierung von militärischen Einrichtungen von sieben statt von acht Richtern gefällt werden. Auch wenn Franz Niedermaier nur schwer zu ersetzen ist, ein für die künftige

Gestaltung der Medienlandschaft so richtungweisendes „viertes“ Rundfunk-Urteil muß ebenso wie die Grundsatzentscheidung über die Strafbarkeit von „Sitzblockaden“ als Nötigung von einer auf allen acht Plätzen besetzten Richterbank des 1. Senats gesprochen werden.

Sollte sich unter den Bundesrichtern, die keiner Partei angehören oder mit ihr sympathisieren, kein geeigneter Nachfolger für den in seiner Grundhaltung konservativ und „liberalen Liberalen“ Franz Niedermaier aus Bayern finden, dann sollte die „vorschlagsberechtigte“ CSU über ihren Schatten springen und gegebenenfalls auch der Nominierung eines „Nicht-Bayern“ zustimmen.

### Die Zeit für Neuberufungen drängt

Viel Zeit dafür allerdings bleibt nicht mehr, wenn der neue Richter im Juni schon an der mündlichen Verhandlung über das niedersächsische Mediengesetz teilnehmen soll. Auch wenn dieser Sitz im 1. Senat traditionell einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin „zusteht“, wäre es denkbar, ihn auch mit einem Bundesfinanzrichter wie dem 51jährigen Klaus Offerhaus zu besetzen.

Noch größere Schwierigkeiten dürfte es den Sozialdemokraten bereiten, für den zweiten sogenannten neutralen Richter im „Grundrechtssenat“, der Ende Januar 1987 ausscheidet, einen „gleichwertigen“ Ersatz zu benennen. Der Wissenschaftler, der den Platz des renommierten Staatsrechtlers Konrad Hesse im 1. Senat ausfüllen könnte, kommt für die SPD nicht in Frage.

Der Kölner Verfassungsrechtler und Autor des mehrbändigen „Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland“, Klaus Stern (54), ist ihr zu konservativ. Und der Hannoveraner Rechtslehrer Hans-Peter Schneider (48), den die Sozialdemokraten am liebsten vorschlagen würden, kommt für die Hesse-Nachfolge nicht in Betracht, weil er ein Partei-

mitglied ist. Zu den aussichtsreichsten Kandidaten gehören darum der Hesse-Schüler und Herausgeber des „Jahrbuch des öffentlichen Rechts“, Peter Häberle (51), von der Universität Bayreuth und Handelshochschule St. Gallen, der Frankfurter Öffentlich-Rechtler Michael Stolleis (43) und seine Bonner Kollegen Klaus Schlaich und Bernhard Schlink.

Für den zweiten Platz, den die SPD im nächsten Jahr im 1. Senat neu besetzen muß, scheint dagegen der Kandidat schon gefunden zu sein: Der Vorsitzende des Presserechtssenats am Bundesgerichtshof in Karlsruhe, Erich Steffen (55). Der von Helmut Simon persönlich als sein Nachfolger empfohlen worden ist, kann für sich ins Feld führen, daß er das Bundesverfassungsgericht als wissenschaftlicher Mitarbeiter bereits kennt.

Seine Nominierung stößt allerdings bei der CDU/CSU auf erhebliche Bedenken, weil er maßgeblich an einigen Entscheidungen des Bundesgerichtshofes beteiligt war, durch die die Persönlichkeitsrechte zu Gunsten der Pressefreiheit wesentlich eingeschränkt wurden. Während sich die SPD schon auf Steffen festgelegt haben soll, erscheint es noch völlig offen, wer für den Hamburger Kirchenjuristen Dietrich Katzenstein am Richtertisch im 1. Senat Platz nimmt.

Sollte allerdings Berlins „Doppel-Senator“ Rupert Scholz seinen Hut in den Ring werfen, dann dürfte das Rennen gelaufen sein, zumal der 48jährige Rechtslehrer seine politischen Erfahrungen in das Verfassungsgericht einbringen könnte.

Wer sich letztlich in dem Paket, das zumindest für sechs der acht neuen Verfassungsrichter geschnürt werden muß, befinden wird, dürfte sich nach den Bundestagswahlen entscheiden. Erst dann wird man auch wissen, wer die vier neuen Richter sind, die zusammen mit Professor Roman Herzog als Vorsitzenden, Hermann Heußner als Bericht-erstatler, Gisela Niemeyer und Johann Friedrich Henschel über die Verfassungsmäßigkeit des Paragraphen 116 AFG entscheidet.

## Rotsch vor Gericht. Verriet er den Tornado?

PETER SCHMALZ, München

Der ehemalige Abteilungsleiter beim Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB), der 61jährige Maschinenbau-Ingenieur Manfred Rotsch, muß sich vor heute an vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für das sowjetische KGB verantworten. Der Prozeß ist bis zum 1. August terminiert. Generalbundesanwalt Kurt Rehmann stift den Fall Rotsch als „besonders schwerwiegend“ ein.

Nach den Ermittlungen wurde der in der CSSR geborene Techniker bereits 1954 vom KGB in Ost-Berlin angeworben und nach eingehender Schulung in den Westen eingeschleust. Er war beauftragt, bei Firmen mitzuarbeiten, die mit dem Flugzeugbau befaßt waren.

Bei der Firma Heinkel war er am Umbau des französischen Düsenflugzeugs „Fouge Magister“ zu einem Schulungsflugzeug und an der Entwicklung eines für Ägypten bestimmten Kampfflugzeuges beteiligt. 1959 wurde er zum Entwicklungsring Süd nach München versetzt, wo der Senkrechtharter VJ 101 gebaut wurde. Nach fünf Jahren wechselte Rotsch zur Firma Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG und arbeitete an der Entwicklung der Forschungsatelliten Heos und Dial sowie an Vorentwürfen für die Sonnensonde Helios.

Vom August 1969 bis zu seiner Verhaftung im September 1984 war er schließlich MBB-Mitarbeiter – erst im Bereich Raumfahrt und dann als Abteilungsleiter zuständig für die Konstruktion des Rumpfmittelteils für das europäische Mehrzweckkampfflugzeug Tornado. Er hatte Zugang zu geheimen Unterlagen auch außerhalb seines Arbeitsgebiets. Rotsch soll dem KGB zahlreiche auch geheime Dokumente übergeben haben, darunter auch Datensätze und Handbücher vom Tornado-Rumpf.

Der mutmaßliche KGB-Spion, der zur Tarnung der CSU beigetreten war, zog erst nach dem französischen Geheimdienst einen Tip gegeben und 950 MBB-Mitarbeiter nach 16 Jahren erstmals wieder einer Sicherheitsprüfung unterzogen wurden. Rotsch erschien verdächtig und konnte bei Geheimtreffen mit seinem sowjetischen Führungsoffizier in Salzburg beobachtet werden. Der Agentenlohn wird mit „mindestens“ 25 000 Mark angegeben.

### Frieden zentrales Kirchentags-Thema

dpa, Fulda

Die christliche Friedensverantwortung soll „angesichts der vielfältigen Bedrohungen“ ein wesentliches Thema der Kirchentage in der „DDR“ und in der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Das haben das Präsidium der Evangelischen Kirchentagsarbeit in der „DDR“ und Vertreter des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages der Bundesrepublik Deutschland bei einem Erfahrungsaustausch in der vergangenen Woche in Fulda herausgestellt. Beide Seiten bezeichneten Schritte zu einem ökumenischen Konzil des Friedens als wichtig und notwendig.

## Karlsruhe war kein Balsam auf die Wunden der SPD

Von HARALD GÜNTHER

Baden-Württembergs Sozialdemokraten geht es zur Zeit wie Boris Becker: Auf schöne Siege folgen kapitale Niederlagen. Zwei Monate nach dem Erfolg Alexander Vogelsgangs in Böblingen kam jetzt Ulrich Pfeifle, kommunalpolitischer Hoffnungsträger der SPD, bei der Karlsruher Oberbürgermeisterwahl über 39 Prozent aller Stimmen nicht hinaus. Dabei hatten Pfeifle und Genossen mit einem zweiten Wahlgang fest gerechnet. Gerhard Seifer, eingeborener Kommunalpolitiker und Kandidat der CDU, schaffte jedoch mit 56,6 Prozent auf Anhieb die absolute Mehrheit. Bemerkenswert: Seifers Stimmenanteil liegt über dem von CDU und FDP bei der letzten Landtagswahl. Die Enttäuschung darüber war nicht nur Ulrich Pfeifle ins Gesicht geschrieben.

Ein Sieg in Karlsruhe, der drittgrößten Stadt des Landes, wäre für die SPD nicht nur das „bundespolitische Signal“ gewesen, das sich



Kanzlerkandidat Johannes Rau gewünscht hatte. Er hätte auch wie Balsam auf die landespolitischen Wunden der südwestdeutschen Sozialdemokratie gewirkt. Trotz massiven Liebeswerben in den „aufstiegsorientierten“ Arbeitnehmerschichten der Ballungsräume ist – neuere Umfragen belegen es – ihr Ausbruch aus dem oppositionellen Hungertum auf lange Zeit nicht in Sicht. Verständlich, wenn die Stuttgarter Parteiführung, von Erfolgserlebnissen nicht eben verwöhnt, Ersatzbefriedigung im kommunalen Bereich sucht. Zumal sich damit langfristige Hoffnungen verbinden. „Oberbürgermeister und Bürgermeister“, so heißt es in einer internen Handreichung der Landesgeschäftsstelle, „haben für die Umsetzung der politischen Ziele, wie für die Selbsterstellung der Sozialdemokratie in Baden-Württemberg eine nicht zu überschätzende Bedeutung.“

Das bleibt abzuwarten. Allerdings sind der SPD – oder besser Mitgliedern der SPD – in den letzten drei Jahren vereinzelt spektakuläre Einbrüche in konservative Erbhöfe geblüht. Jüngstes Beispiel: Böblingen. Dort löste am 16. Februar der langjäh-

rige Schmidt-Berater Alexander Vogelsgang einen in 37 Dienstjahren ergrauten CDU-Oberbürgermeister ab. Mit 51,8 Prozent hatte er in der 41 000-Einwohner-Stadt südwestlich von Stuttgart – begünstigt durch die farblose Konkurrenz – die letzten Landtags- und Kommunalwahlergebnisse seiner Partei um gut ein Drittel übertroffen. Aber mit welcher Strategie? Der 41jährige Diplom-Volkswirt, ein „schwäbischer Konservativer“, der „keine Basis in der baden-württembergischen SPD“ hat, siegte sozusagen im Alleingang.

So oder ähnlich kamen auch andere Wachablösungen in schwäbischen und badischen Rathäusern zustande. Siegmund Mosdorf, einer aus der jungen Managergarde unter den Landesgeschäftsführern der SPD, hält zwar für solche Wahlgänge einen Talentschuppen „erstklassiger Leute“ aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung bereit, veranstaltet mit Hilfe der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik“ (SGK) Schulungsseminare und läßt bei wichtigen Wahlen auch mal ein paar Mark aus der Partekasse springen. Im Ernstfall aber stehen nur noch „unabhängige“ Kandidaten auf der Matte.

Das entspricht guter baden-württembergischer Tradition. Nirgendwo sonst ist die Stellung eines Bürgermeisters, der Chef der Verwaltung und zugleich Vorsitzender des Gemeinderats ist, stärker. Nirgendwo ist aber solche das Element der Persönlichkeitswahl so ausgeprägt. Es ist kein Zufall, daß die Hälfte aller Chances, die 1985 in den Städten und Gemeinden des Landes neu zu besetzen waren, parteilosen Kandidaten zufielen. Die CDU folgte, mit 61 gewonnenen Wahlen, dicht auf. Weit abgeschlagen dagegen die SPD: Sie stellte in 137 Fällen nur zwölf mal den Sieger. Und auch im ersten Quartal dieses Jahres konnten die Sozialdemokraten nur neun von 85 Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen für sich entscheiden.

Trotzdem macht Mosdorf eine vielversprechende „Erfolgsspur“ aus. Sie führt über die sozialdemokratische „Rheinschiene“ (Lärach, Freiburg, Lahr, Offenburg, Kehl, Mannheim) bis in den wirtschaftsstarke mittleren Neckarraum. Dort, rund um Stuttgart, hat sich allmählich ein bemerkenswerter Ring von Städten mit SPD-Oberbürgermeistern gebildet. Das ist die Region, in der Landtagswahlen gewonnen oder, wie im Fall der SPD seit mehr als einen Jahrzehnt, verloren werden.

### Prozeß gegen Rösch unterbrochen

dpa, Konstanz

Der Prozeß gegen den ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Klaus Rösch wegen Untreue und Betrug ist gestern in Konstanz zwei Stunden nach Beginn für einen Tag unterbrochen worden. Das Landgericht gab einem Antrag der Verteidigung statt, die die Schöffensetzung überprüfen wollte. Rösch ist unter anderem angeklagt, zusammen mit seinem ehemaligen Kompagnon Mies von 1979 bis Anfang 1981 mit dem gemeinsamen Reisebüro in Villingen-Schwenningen verschiedene Reiseveranstalter um 265 000 Mark geschädigt zu haben.

### Schwere Krawalle an Startbahn West

AP, Frankfurt

Zu den schwersten Ausschreitungen seit mehreren Monaten ist es am Sonntag an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens gekommen. Nach Angaben der Polizei setzte eine militante Gruppe von insgesamt rund 300 Demonstranten am zweiten Jahrestag der Inbetriebnahme der Piste Stahlkugeln, Molotow-Cocktails und Leuchtraketen ein. Vier Polizeibeamte wurden leicht verletzt, eine 10 000 Quadratmeter große Forst- und Wiesfläche geriet in Brand. Der Flugverkehr auf der Startbahn West mußte für etwa anderthalb Stunden unterbrochen werden.

## Wenn schon Business, dann Club.

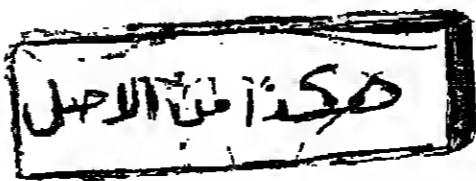


Einen gehobenen Service bekommen Sie in fast jeder Business-Klasse. Viel seltener dagegen das, was Sie ebenso selbstverständlich erwarten: Ruhe und Entspannung. Unter sich sein eben. Wie der Name schon sagt, ist das im

separaten British Airways Club etwas anders. Auf allen unseren Europastrecken. Denn hier haben Sie in der Tat eine Klasse für sich. Und das ab 1. April nach Großbritannien sogar zum gleichen Preis wie andere Business-Klassen,

die Ihnen diese Sonderleistung, zum Beispiel auf Ihrem Flug nach London, vorenthalten. Daß der British Airways Club-Tarif darüber hinaus auch alle sonst üblichen Vorteile einer Geschäftsklasse umfaßt, versteht sich von selbst.

**BRITISH AIRWAYS**  
Die Airliner



# Benazir kann sich der Massen kaum erwehren

## Kritik an der Regierung / Präsident Zia bleibt gelassen

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi. Benazir Bhutto, die Tochter des 1979 hingerichteten Premierministers Zulfikar Ali Bhutto, hat unter der pakistanischen Bevölkerung einen Jubel ausgelöst, den das Land seit seiner Unabhängigkeit vor 37 Jahren wohl bisher kaum erlebt hat. Hunderttausende von Anhängern der Pakistanischen Volkspartei, deren Führer Benazir Bhutto ist, säumen den Weg ihrer politischen Wallfahrt von der Grenzstadt Lahore in die Hauptstadt Islamabad.

In überfüllten Bussen, auf Ochsenkarren, mit Fahrrädern und zu Fuß begleiten Zehntausende Benazir Bhutto, deren Autokonvoi sich nur mühsam einen Weg durch die Menschenmassen bahnen kann. Die Massen sind trotz eines massiven Polizeieinsatzes kaum zu bändigen. „Zwölf Stunden Fahrt für 65 Kilometer, das ist bei dieser Hitze zu viel“, stöhnt einer ihrer Begleiter, die für die Sicherheit Benazirs sorgen, die nach einem angeblichen Mordversuch vor zwei Tagen um ihr Leben fürchtete.

Erst vor wenigen Tagen ist sie von ihrem Exil in London in die Heimat zurückgekehrt. Die Botschaft, die sie ihren Landsleuten bringt, ist einfach und beschränkt sich auf ein Thema: „Ich bringe Euch die Freiheit und die Demokratie.“

### Eine „Ära von Blut“

Wenn der Jubel „Es lebe Benazir“ sich gelegt hat, erklärt sie, was sie von der Regierung Zia hält. „Sie ist nicht repräsentativ, sie unterdrückt das Volk.“ Die neunjährige Herrschaft Zias nennt sie eine „Ära von Blut, Tränen und Finsternis“. Benazir, Benazir ist die Antwort, wenn sie erklärt, daß umgehend Wahlen in Pakistan durchgeführt werden müssen, um geordnete demokratische Verhältnisse zu erreichen.

Doch damit will sich Pakistans Präsident Zia Zeit lassen. Erst im Februar vergangenen Jahres war ein Parlament gewählt worden. Parteien waren allerdings nicht zugelassen. „Frau Bhutto“, so erklärte Zia am Wochenende, „wird wohl bis 1990

warten müssen“. Seine Regierung unter dem Premier Junjo sei eine ordnungsgemäß gewählte, die von der Opposition, der „Bewegung zur Wiedereinführung der Demokratie“ und der Pakistanischen Volkspartei, nicht nur anerkannt werden sollte.

„Die Opposition“, so fordert Zia, „muß die Regierung in ihrem Bestreben um Demokratisierung aktiv unterstützen“.

Bisher nimmt das Regime Zia den Triumphzug Benazir Bhuttos gelassen hin. Die sonst so schlagkräftige Polizei, bekannt für ihre Brutalität, wenn es um die Auflösung immer noch verbotener Massenkundgebungen geht, verhält sich eher passiv. Die Schlagstöcke treten nicht in Aktion, und auch Polizeibeamte drängen sich neugierig vor, um einen Blick auf die Politikerin zu werfen.

### Gewalt darf nicht sein

Doch Zias Warnung an Benazir Bhutto läßt keinen Zweifel daran, daß der pakistanische Präsident jederzeit bereit ist, seinen Machtapparat anlaufen zu lassen. „Die Rückkehr Benazir Bhuttos ist ein Bestandteil unserer Demokratiebestrebungen. Doch sie darf nicht zu einem Problem von Recht und Ordnung werden. Es darf zu keinerlei Gewalttätigkeiten kommen“, gab er in seiner ersten Reaktion auf die Rückkehr Frau Bhuttos zu bedenken.

Er baut darauf, daß nach Abheben der ersten Begeisterung Frau Bhutto im harten politischen Tagesgeschäft keine direkte Bedrohung für die Regierung ist, die er durch jene Kriegsverordnungen der letzten Jahre abgesichert hat, die jetzt Bestandteil der Verfassung sind.

Ähnlich argumentieren andere Politiker in Islamabad. Zias Generale dagegen wollen dennoch die lange Leine, an der der Präsident gegenwärtig die Opposition hält, lieber verkürzt sehen. Das Schreckgespenst einer Entwicklung ähnlich der auf den Philippinen haben sie deutlich vor Augen. Gleichwohl verhalten sie sich wie ihr Oberster Befehlshaber - abwartend. Auch in der Hoffnung darauf, daß außenpolitische Entwicklungen das Interesse der Pakistans an ihrer Innenpolitik mindert.

# Schwere Kämpfe mit Rebellen in Moçambique

M. GERMANI, Johannesburg

Um das Hauptquartier der Widerstandsbewegung Renamo im Gorongosa-Gebiet in Mittel-Moçambique wird wieder heftig gekämpft. Es war im vergangenen Jahr von Regierungstruppen mit Unterstützung der zimbabwischen Armee besetzt, vor zwei Monaten jedoch von den Rebellen zurückerobert worden.

Nach bisher unbestätigten Berichten sind 24 Hubschrauber, 17 Bomber sowie sowjetische MiG-Kampfflugzeuge, die von moçambiqueischen Piloten geflogen werden, im Einsatz. Das Regime von Samora Machel in Maputo, das 1977 mit Moskau einen Freundschaftsvertrag abschloß, hat nach amerikanischen Erkenntnissen bisher Waffenhilfe im Werte von einer Milliarde Dollar von den Sowjets erhalten.

Wie der Generalsekretär der Renamo in Lissabon, Ivo Fernandes, der WELT gegenüber bestätigte, war mit einer neuen Großoffensive der Regierungstruppen für Mitte April gerechnet worden. Entgegen Berichten in der südafrikanischen Presse seien die 12 000 bis 13 000 zimbabwischen Soldaten noch nicht aus Moçambique abgezogen worden. Nach Angaben von Fernandes halten die Rebellen die Hauptstadt Maputo weiterhin eingekreist.

Fernandes sieht in der neuesten Offensive auch einen Versuch, die angeschlagene Position der Regierung für die zu erwartenden Verhandlungen mit den Rebellen zu stärken. Verschiedene westliche Länder hätten sich in jüngster Zeit für eine Verhandlungslösung des Moçambique-Konflikts ausgesprochen.

Die Rebellen scheinen ihre bisher unangiebige Haltung in dieser Frage inzwischen modifiziert zu haben. Noch bis vor kurzem hatten sie jeglichen Dialog abgelehnt, heute machen sie nur noch den Rücktritt von Präsident Machel zur Bedingung.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 36,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# Roms zögernde Autonomie-Politik läßt Südtiroler nach „Freiheit“ rufen

## Revolte auf dem SVP-Parteitag / Landeshauptmann Magnago will sich zurückziehen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom. Steht Südtirol an einem Wendepunkt? Droht die Gefahr, daß die von Landeshauptmann Silvius Magnago seit Jahrzehnten zielstrebig verfolgte friedliche Autonomiepolitik von radikalen Kräften umgeworfen wird, nachdem für das kommende Jahr das Ausscheiden dieses Führers der deutschen Volksgruppe aus der aktiven Politik angekündigt worden ist?

Voller Besorgnis stellt man sich in politischen Kreisen Roms diese Frage angesichts des turbulenten Auftaktes der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei (SVP) in Meran. Südtirol ist tot! Freiheit für Südtirol! skandiert.

Eine derartige Revolte gegen den allgemein als „Landesvater“ verehrten Parteiführer und Landeshauptmann ist bisher ohne Beispiel. Den Vorwand dafür lieferte offensichtlich das Zögern Roms beim Erlaß der letzten noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen für das südtiroler Autonomie-Statut, mit denen unter anderem die Zweisprachigkeit vor Gericht geregelt werden soll.

Die Rebellengruppe wurde vom Kommandanten der Meraner Schützen, Peter Piock, angeführt, der die Abstimmung über eine Resolution erzwang, mit der die Selbstbestimmung Südtirols, das heißt praktisch das Ausscheiden des Landes aus dem italienischen Staatsverband, verlangt wurde. Die Entschließung wurde zwar abgelehnt, aber das Echo, das sie auslöste, drang weit über den Meraner Kursaal hinaus bis nach Rom.

Als Magnago schließlich zum Reden kam, verzerrte er in gleicher Weise die Verzögerung bei der vollen Anwendung des Autonomie-Statuts

durch Rom und das Vorbringen unrealistischer Forderungen durch radikale Kräfte in der Volksgruppe.

Er appellierte an Österreich als südtiroler Schutzmacht, in Rom wegen der ausstehenden Durchführungsbestimmungen vorstellig zu werden. Eine entsprechende Entschließung wurde von der Landesversammlung fast einstimmig gebilligt.

### Sorge um die Zukunft

Den Italienern, die in Südtirol leben und von denen sich viele durch die Autonomie bedroht fühlen, bot Magnago einen konstruktiven Dialog an. Er sagte: Wenn es für die Italiener Anlaß geben sollte, sich berechtigterweise um ihre Zukunft Sorge zu machen, dann solle man darüber gemeinsam sprechen.

Er plädierte für das menschliche und politische Zusammenleben im Land und schloß dabei auch diejenigen in Südtirol lebenden Bürger ein, die sich nicht zu einer der drei Sprachgruppen (deutsch, italienisch, ladinisch) bekennen wollen.

### Am Reden gehindert

Eine Gruppe rebellierender Schützen, die auf diesem Parteitag den Ordnungsdienst stellten, hatte gleich zu Beginn das Podium gestürmt. Magnago eine Stunde lang am Reden gehindert, ein Transparent mit der Forderung nach „Selbstbestimmung für Südtirol“ entrollt und in Sprechchören „das Paket (die Vereinbarung über die südtiroler Autonomie) ist tot!“

# Portugal erhofft Zusage für Fregatten

## Regierungschef Cavaco Silva besucht Bonn / Begegnungen mit Kohl und Wörner

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der wirtschaftliche Wiederaufbau seines revolutionsgeschädigten Landes und die multilateralen Beziehungen zwischen Europa und dem südlichen Afrika hielten die Hauptgesprächsthemen des portugiesischen Ministerpräsidenten Anibal Cavaco Silva bei seinem heute beginnenden ersten offiziellen Besuch in der Bundesrepublik. Als bisher erster Wirtschaftsfachmann im São-Bento-Palast, dem Regierungssitz, kann er mit klarem Vorstellungez zur Wiederbelebung der Wirtschaft aufwarten. Vorgehen sind unter anderem Begegnungen mit Kanzler Kohl, Finanzminister Stoltenberg sowie am Mittwoch ein Besuch in Berlin.

Cavaco Silva, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei - ihrem Wesen nach eine liberal-konservative Partei - steht zwar einer Minderheitsregierung vor, kann jedoch mit der Unterstützung der Christdemokraten und der sehr heterogenen Reformpartei des bisherigen Staatspräsidenten General Eanes rechnen. Wie der portugiesische Regierungschef der WELT vor drei Wochen in einem Interview mitteilte, seien nur die Kommunisten daran interessiert, seine Regierung zu stürzen.

Mit niedrigen Lohnkosten und Steuervorteilen möchte Portugal mehr deutsche Investitionen an sich ziehen. Diesem Zweck werden Gespräche des Regierungschefs mit deutschen Unternehmen dienen. Aus der Zeit der Revolution von 1974/75 stammende hinderliche Arbeitsgesetze sollen geändert werden, um eine flexiblere Gestaltung von Arbeitsverträgen zu ermöglichen. Schon seit einiger Zeit betreibt die Regierung eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und die Liquidierung maroder Staatsbetriebe.

als wichtigsten EG-Partner für die Verdichtung der multilateralen Beziehungen zu Afrika interessieren. „Portugal spielt mit seinen über Jahrhunderte gewachsenen Kontakten eine besondere Rolle in verschiedenen Ländern Afrikas und kann deshalb gute Vorschläge machen.“

Lissabon erhofft von dem Besuch außerdem den Abschluß der Verhandlungen über die Lieferung von drei Fregatten für die portugiesische Marine im Wert von 1,7 Milliarden Mark. Abgesehen von dem Ausbildungsstand der Besatzungen, den deutsche See-Offiziere jetzt als gut bezeichnen - und der Garantie, daß die Wartung der elektronischen Ausrüstung auf portugiesischen Werften unter deutscher Aufsicht gewährleistet sein. Dies kann im Rahmen der Lieferverträge geregelt werden.

Als auch soll aus „Mitterrands Größenwahn“ werden, wie die Bürgerlichen die in den Sand gesetzten Renommiervorhaben bereits nennen. Ein moderner Konzertsaal fehlt Paris, dazu könnte die Bastille-Oper noch umgewandelt werden. Es sei denn, die Erstürmung der Bastille wird ein zweites Mal vorgesehen: Nach dem Schließen des Staatskerns nun die Opernfundamente.

# Chirac setzt zum Sturm auf Bastille-Oper an

PETER RUGE, Paris

Es ist in Paris wie im alten Rom: Mit dem Wechsel der Macht werden die Büsten der Herrscher von den Säulen gestoßen. So ergiebt es sich jetzt François Mitterrand. Seine Prestigebauten werden von der neuen bürgerlichen Regierung nahezu zum Einsturz gebracht. Einsparungsgründe, so erklärt Premierminister Jacques Chirac, „Das Geld wird nötiger gebracht für die Bekämpfung der Jugend Arbeitslosigkeit“.

Es gehört zur Tradition französischer Könige, Kaiser oder Staatspräsidenten, sich durch ein imposantes Gebäude „ewiges“ Andenken zu schaffen: Versaille, Louvre, Invalidendom, Centre Pompidou - Mitterrand wollte sich mit einem Bauwerk nicht zufrieden geben: Es sollten gleich fünf sein - Projekte für insgesamt mehr als fünf Milliarden Mark. Zu den umstrittensten gehören die „Glaspiramide im Hof des Louvre und die Bastille-Oper“.

Jacques Chirac hat erst einmal den Weiterbau am neuen Opernhaus der Bastille gestoppt. Das Geschenk, das Mitterrand den Franzosen zum 200. Jahrestag der „Glorreichen Revolution“ 1989 machen wollte, droht damit ein kolossaler Flop zu werden. Denn 1,4 Milliarden Franc soll das Unternehmen „Volksoper Bastille“ bereits verschlungen haben. Zum Vorschein aber kam bisher nur eine Baugrube.

Nun werden wieder alte Pläne hervorgeholt, die Pariser klassische Oper zu renovieren. Rolf Liebermann, der im veralteten Palais Garnier noch einmal ungeheure Energien freisetzte, aber auch kaum mehr als 100 Aufführungen im Jahr schaffte, wäre schon mit einem Drittel des Etats der Bastille-Oper glücklich gewesen. Aber die Sozialisten wollten radikale Änderungen: Dem neuen Zeitgeist sollte eine größere Oper an der Bastille geweiht werden.

Was auch soll aus „Mitterrands Größenwahn“ werden, wie die Bürgerlichen die in den Sand gesetzten Renommiervorhaben bereits nennen. Ein moderner Konzertsaal fehlt Paris, dazu könnte die Bastille-Oper noch umgewandelt werden. Es sei denn, die Erstürmung der Bastille wird ein zweites Mal vorgesehen: Nach dem Schließen des Staatskerns nun die Opernfundamente.

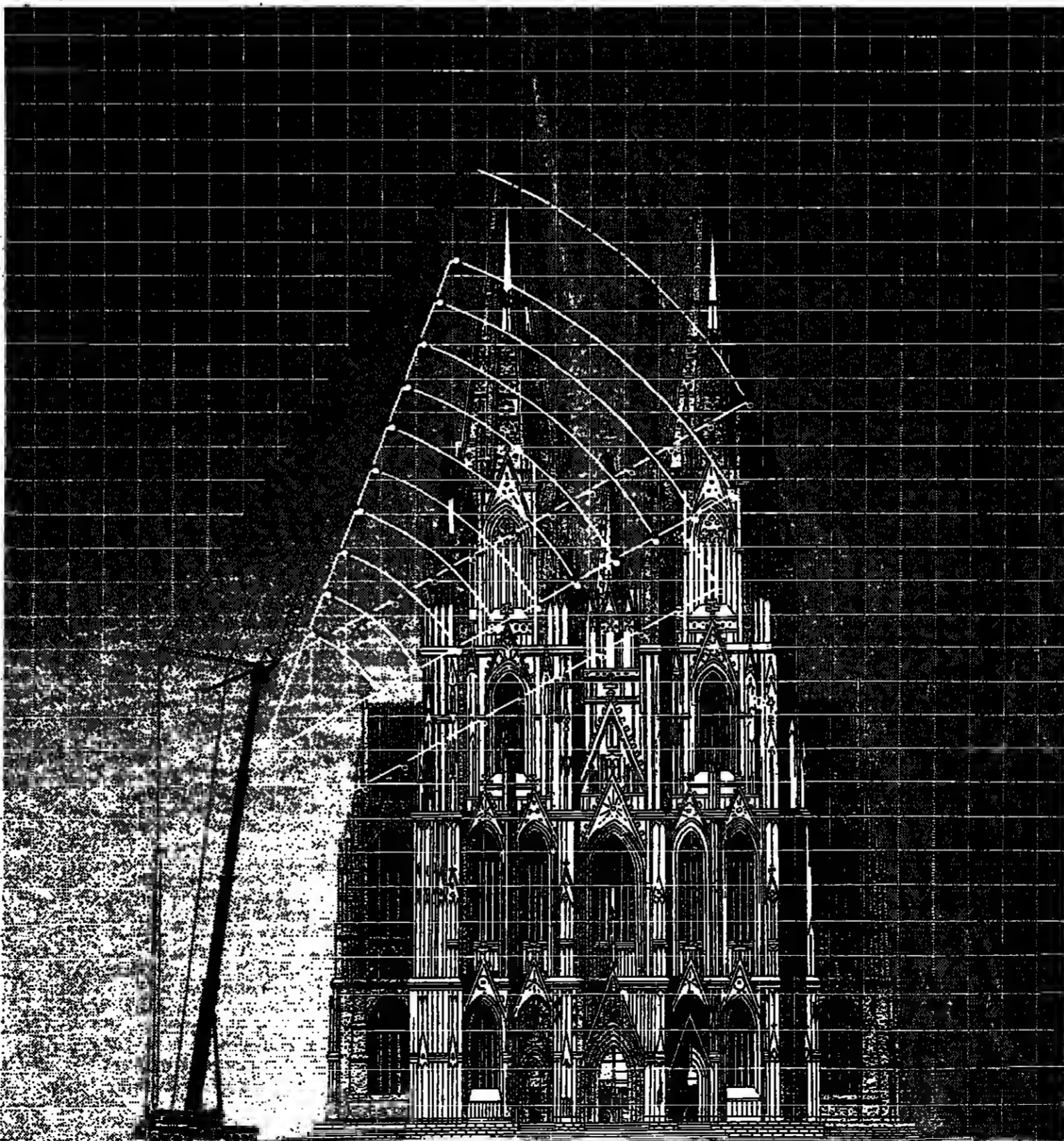
# Krupp Spezialmaschinenbau

Der neue Teleskop-Fahrzeugkran von Krupp erreicht mit Spitzenausleger eine Höhe von 141 Meter.

## Nicht ganz so hoch wie der Kölner Dom. Aber 65 km/h schneller.

500 GMT, der größte und leistungsfähigste Teleskopkran von Krupp, meistert eine Traglast von 500 Tonnen. Sein völlig neues Fahrzeugkonzept. Beispiel für die Innovationskraft von Krupp Industrietechnik, einem Unternehmen im Krupp-Konzern.

Stellen Sie sich bitte vor, Sie müßten mit weit ausgestreckten Armen eine schwere Last heben, zur Seite schwenken und wieder absetzen. Eine Gewaltprobe für Ihre Standfestigkeit, die deutlich macht, wie kompliziert



die statischen Zusammenhänge bei einem Riesenkran sind.

Schließlich hebt der 500 GMT eine maximale Last, die dem Gewicht von etwa 400 Mittelklasse-PKW entspricht. Aber Kraft allein macht noch keinen Meister. Hinzu kommt die Beweglichkeit: In Standardausstattung legt der Superkran von Krupp ein erstaunliches Tempo vor: Der neunachsige Fahrzeugkran, mit 100 Tannen Gewicht, schafft 65 km/h auf der Straße.

Zur Kraft und Beweglichkeit kommt die Formstabilität: Nur im perfekten Zusammenwirken aller Faktoren lassen sich bewegte Lasten sicher beherrschen.

Der Superkran ist ein Beispiel für Ingenieurleistung von Krupp. Wir bauen Meerwasserentsalzungsanlagen, komplette Fabriken für Autoreifen, Triebköpfe für Hochgeschwindigkeitsszüge, Antennen für Satellitenfernsehen. Und vieles mehr.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche unseres Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.



Krupp Industrietechnik GmbH, Industriepark West, D-2948 Wilhelmshaven.



1258

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 25 714

## „Keine Kenntnis“

„Streikrecht ist ein heikles Gut für Parteipolitiker“ WELT vom 7. April

Sehr geehrte Damen und Herren, wer, wie Karl Müllner, den Streit um den Paragraphen 116 AFG als eine „unstreitige parteipolitische Auseinandersetzung“ wertet und die Befragungsaktion des DGB für eine „ernsthafte Gefährdung“ des Betriebsfriedens darstellt, der muß sich entgegenhalten lassen, daß er weder weiß, um was es bei der beschlossenen Änderung des Paragraphen 116 AFG geht, noch das BetrVG kennt.

Ich halte die Befragungsaktion des DGB für eine extravagante Verschleuderung von Mitgliedsbeiträgen und für ein borniertes Festhalten an einem parlamentarisch entschiedenen Thema. Die Parlamentsentscheidung ist nur durch eine andere Mehrheit im Bundestag zu ändern. Dazu bedarf es einer Wahlentscheidung, nicht aber einer politisch wirkungslosen Befragungsaktion des DGB. Dennoch ist die DGB-Aktion legal.

Erstens verpflichtet Paragraph 74 Abs. 2 BetrVG („nur“) Arbeitgeber und Betriebsrat zur Unterlassung jeder parteipolitischen Betätigung im Betrieb. Zweitens erlaubt das BetrVG ausdrücklich die Behandlung von tarifpolitischen Angelegenheiten, die den Betrieb oder seine Arbeitnehmer unmittelbar betreffen (Paragraphen

45 + 72 II) auch für den Betriebsrat. Und drittens geht es beim sogenannten Streikparagraphen nicht um Parteipolitik. Mithin vom Arbeitskampf Betroffene, die zukünftig kein Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld erhalten, können nämlich Mitglieder oder Wähler der CDU, der CSU, der SPD, der Grünen und der FDP sein.

Es ist keine Parteipolitik, wenn sich Gewerkschaften gegen Gesetzesvorschläge wenden, die objektiv ihren Interessen zuwiderlaufen; selbst wenn sie nur von CDU/CSU und FDP vertreten werden. Herr Müllner sollte nachlesen, was Parteipolitik ist.

Die Änderung des Paragraphen 116 AFG richtet sich formal nicht gegen das Streikrecht, denn das GG soll ja nicht geändert werden. Dafür gibt es auch keine Mehrheit. Aber man kann das Streikrecht auch absurdum führen, indem man die Streikfähigkeit der Gewerkschaften ausbleibt. Ob die Initiatoren der Gesetzesänderung dies wollen oder nicht, können nur sie selbst beantworten. Objektiv wird die Streikfähigkeit der Gewerkschaften berührt, die regionale Tarifabschlüsse anstreben.

Mit freundlichen Grüßen  
Fritz Bieding,  
Kierspe

## GEBURTSTAGE

Rudolf Vogel, Staatssekretär a. D., vollendet am Freitag in Berg (Oberbayern) sein 80. Lebensjahr. Der Oberschlesier war 1931 in Leipzig mit einer zeitungswissenschaftlichen Dissertation über das Thema „Deutsche Presse und Propaganda im Abstimmungskampf in Oberschlesien“ zum Dr. phil. promoviert worden. Anschließend arbeitete er als Journalist. Nach 1945 war er in Aalen/Württemberg zunächst als Chefdolmetscher tätig. 1947 wurde er in das „Deutsche Büro für Friedensfragen“ – eine Ersatzorganisation für das noch nicht bestehende Auswärtige Amt – berufen. 1948 war er als CDU-Mitglied im Wirtschaftsrat für die amerikanisch-britische Bizone. Von 1949 bis 1984 gehörte er als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Aalen dem Deutschen Bundestag an. Vogel zählte zu den Mitgründern der Deutschen Stiftung für Entwicklungshilfe. Im April 1964 ging er nach Paris als Botschafter bei der OECD.

Karl Dummmler, Direktor im Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart und Stellvertreter des Landesbischofs, feiert morgen seinen 65. Geburtstag. Dummmler ist seit 15 Jahren Vorsitzender der Steuerkommission der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und wurde 1979 in den EKD-Finanzrat berufen. 16 Jahre lang war er Mitglied des Rundfunkrates des Süddeutschen Rund-

funks. Direktor Dummmler wird in diesem Jahr in den Ruhestand gehen. Sein Nachfolger, der frühere Backnanger Oberbürgermeister und langjährige stellvertretende Präsident der württembergischen Landes-synode, Martin Dietrich, wird seine neue Aufgabe am 1. August übernehmen.

## KIRCHE

Zum neuen Apostolischen Nuntius in Honduras hat Papst Johannes Paul II. den 53jährigen italienischen Erzbischof Francesco de Nittis ernannt. De Nittis, der den Heiligen Stuhl seit vergangener Jahr auch in El Salvador vertritt, ist in Tegucigalpa Nachfolger von Erzbischof Andrea Cordero Lanza di Montezemolo, der vor kurzem zum Nuntius in Uruguay ernannt worden war.

## AUSZEICHNUNGEN

Die Goslarer Ärztin Dr. Helga Thieme ist mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Sie erhielt diese Auszeichnung für ihre besonderen Verdienste um die Frauenpolitik und ihr vielseitiges Engagement im sozialen Bereich. Die Ärztin, die von 1980 bis 1983 Vorsitzende des Deutschen Frauenrates war, hat sich auch als stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des wissenschaftli-

## Personalien

chen Instituts „Frauen und Gesellschaft“ in Hannover energisch für die Interessen der Frauenforschung engagiert.

Im Rahmen eines Festkonzertes im Rittersaal des Mannheimer Schlosses ist gestern der Johann-Wenzel-Stamitz-Preis der Künstlergilde Esslingen übergeben worden. Den Hauptpreis, dotiert mit 10 000 Mark, erhielt der in Würzburg lebende Komponist Professor Dr. Klaus Hinrich Stahmer. Eine Ehrengabe in Höhe von 4000 Mark ging an den Dirigenten und Komponisten Professor Heinrich Creuzburg aus Detmold. Der Interpretationspreis, ebenfalls mit 4000 Mark dotiert, wurde Geigerin Marianne Boettcher aus Berlin zuerkannt.

## UNIVERSITÄT

Professor Dr. Bertold Hoek, Ordinarius für Botanik in der Fakultät für Landwirtschaft und Gartenbau der Technischen Universität München in Weihenstephan, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Landwirtschaftliche Botanik der Universität Bonn erhalten.

## WAHL

Der mit rund 1,2 Millionen Mitgliedern größte Verband von Behinderten und Kriegssopfern in der Bundesrepublik Deutschland wird auch

künftig von dem 69jährigen Karl Weishaupt geführt. 209 Delegierte des zehnten Verbandstages des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner (VdK) in Mainz haben ihn mit großer Mehrheit für vier Jahre zum Präsidenten gewählt. Seine Stellvertreter sind ebenfalls wie bisher Ludwig Hönle, Rosel Schmidt und Paul Eschkotte.

## SPORT

Der Kapitän ist eine Frau: Der Segler-Verband Nordrhein-Westfalen, die weitaus stärkste Landesgruppe des Deutschen Segler-Verbandes, wird von einem weiblichen Vorsitzenden geleitet. Jutta Reinhold aus Aachen, bisher Jugendwartin des Landesverbandes, konnte sich mit großer Mehrheit gegen alle männlichen Konkurrenten durchsetzen. Ihr Stellvertreter ist Peter Koll aus Witten.

Dr. Hans Michael Moll, der Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V., ist im Alter von 50 Jahren nach schwerer Krankheit in Kiel gestorben. Der Rechtsanwalt und Notar, der als Oberst der Reserve ein Heimat-schutzregiment führte, war Ende 1984 zum ehrenamtlichen Vorsitzenden des Reservistenverbandes gewählt worden. Bis zur Neuwahl des

Präsidenten wahrscheinlich im Mai wird der Verband von Molls Stellvertreter, dem früheren Bundestagsabgeordneten Helmut Möhring, geleitet.

Die Schauspielerin und Chansonsängerin Pamela Wedekind, Ehefrau des Schauspielers und Regisseurs Charles Regnier, ist nach langer Krankheit in Ambach im oberbayerischen Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen gestorben. Nach unterschiedlichen Angaben wurde die Künstlerin entweder 1905 oder 1906 geboren. Die Trägerin des Schwabinger Kunstpreises von 1961 war die Tochter des 1918 gestorbenen Dichters Frank Wedekind. Sie galt als engagierte Interpretin der Lieder ihres Vaters und wirkte als Schauspielerin unter anderem in Königsberg und in Berlin, wo Gustaf Gründgens sie engagiert hatte.



hausen gestorben. Nach unterschiedlichen Angaben wurde die Künstlerin entweder 1905 oder 1906 geboren. Die Trägerin des Schwabinger Kunstpreises von 1961 war die Tochter des 1918 gestorbenen Dichters Frank Wedekind. Sie galt als engagierte Interpretin der Lieder ihres Vaters und wirkte als Schauspielerin unter anderem in Königsberg und in Berlin, wo Gustaf Gründgens sie engagiert hatte.

## Genscher auf dem Holzweg

„Genscher grenzt sich von Union ab“ WELT vom 7. April

Sehr geehrte Damen und Herren, Genschers Rede auf dem JULI-Kongreß der FDP-Nachwuchsorganisation war wieder einmal am Thema vorbei. Die armen Tarnorganisationen, die so recht kommunistisch daherkommen, wurden von Genscher wieder einmal gegen die bösen Antikommunisten in Schutz genommen. Daß diese Organisationen eher in der kommunistischen Ideologie zu Hause sind, daß ihre insgeheime Hinwendung zu Moskau (siehe Sudan, siehe

Nicaragua) schon längst Tatsache ist, wenn das genschersierte Außenministerium dort noch Hoffnungen auf freiheitliche und demokratische Entwicklungen hineininterpretieren muß, läßt den Schluß zu: Genscher ist wieder auf dem Holzweg.

Wenn der FDP-Nachwuchs auch noch die Oder-Neiße-Linie als polnische Grenze anerkennen will: Warum soll ich dann noch FDP wählen? Da kann ich ja gleich zu Honecker gehen.

D. Klambund,  
Hamburg 60

## Agrarpolitisch ungünstig

„Wer alles bepreit“ WELT vom 8. April

Herr Mahnknecht spielt in seinem Kommentar wider besseres Wissens die bäuerlichen Sorgen, denen der Berufsstand mit seinen Forderungen Ausdruck verleiht, herunter.

Auch wenn die Minister Klechle und Stoltenberg beteuern, daß die Währungsverschärfungen keine unmittelbaren Auswirkungen auf die bäuerlichen Einkommen bei uns haben werden, so ist der Zeitpunkt der Wechselkursanpassungen aus agrarpolitischer Sicht denkbar ungünstig gewählt.

Die Durchsetzungskraft von Minister Klechle bei den derzeitigen Preisverhandlungen ist wesentlich vom Verhalten seines französischen Kolle-

gen mitbestimmt. Vorerst bleibt es aber im Bereich der Spekulationen, ob der ehemalige Bauernpräsident François Guillaume auf seinem gerade frischbezogenen Ministersessel mit spektakulären Erfolgswahlen vor den Bauern debütieren will und deshalb mit Klechle um Preisanebnungskämpfen wird, oder ob er sich als „maßvoller“ Politiker mit den schon beachtlichen sechs Prozent, die sich für die französischen Bauern ohnehin aus der Wechselkursanpassung ergeben, zufriedengibt. Wieder einmal hängen Wohl und Weh der deutschen Landwirtschaft von dem in Brüssel einflußreichen französischen „Bundesgeschossen“ ab.

Günther Bredemann, MdB, FDP

## Törichte Behinderung

„Werden Sicherheitsgesetze verlagert“ WELT vom 11. April

Den Tätern des Bombenanschlags auf die Diskothek in Berlin können unsere Sicherheitsbehörden zweifelsohne schneller auf die Spur, wenn ihre Ermittlungs- und Fahndungsorganisationen nicht so lustvoll von bestimmten Politikern der sozialliberalen Ära geschädigt worden wären.

In einer Zeit ansteigender Gefährdung durch Terroristen gibt es – unglücklicherweise – immer noch Abgeordnete, die töricht oder absichtlich um solche längst zwingend erforderlichen Dinge wie den fälschungssicheren Personalausweis streiten und die Verabschiedung der anstehenden Sicherheitsgesetze behindern.

Es ist absoluter Unsin, daß ein Bürger, der keine Straftaten began-

gen hat, durch Polizei- oder Grenzkontrollen an seinem Leumund oder Selbstgefühl geschädigt würde. Aber seine Gesundheit wird bestimmt geschädigt, wenn er zufällig in den Wirkungsbereich eines Terroranschlags gerät.

Gerade Demokratien müssen für Zeiten existentieller Bedrohung ihrer Bürger wirksame und deshalb vertrauensfördernde Kontrollmaßnahmen zur Hand haben und praktizieren, damit die freiheitliche Lebensweise nicht von einem sich ausbreitenden Mißtrauen aller gegen alle zersetzt wird. Denn dann wäre als ultima ratio der wirkliche Polizeistaat nicht mehr fern.

Reinhard von Plessen,  
Bonn 1

## Konsens und leise Töne

„Wird Gedenkstätte zum Mahnmahl“ WELT vom 8. April

Hierzulande ist alles im Streit. Nun offensichtlich auch die geplante „Zentrale Gedenkstätte der Bundeshauptstadt“, die am 17. April den Deutschen Bundestag beschäftigen wird.

Laßt uns die Debatte mit Würde, Selbstachtung und ohne Unterstellungen führen. Ein schmerzhaftes Thema verdient Bemühen um Konsens und leise Töne. Dieser Linie fühlen sich die Unionsparteien verpflichtet.

Jacob Kaiser, Mann des Zentrums, christlicher Gewerkschafter, 1838

wegen Hoch- und Landesverrats verurteilt, Widerstandskämpfer und später Bundesminister sagte am 16. Juni 1946 auf einer CDU-Partei-tagung in Berlin: „Ich gedenke aber auch und vor allem der Schatten der Millionen Toten des Krieges, der Toten unseres Volkes und der Toten der anderen Völker. Wenn auch Frevier Urheber dieses Krieges waren, die Opfer der Toten können nicht sinnlos sein. Wir selbst, Deutschland und Europa, haben es in der Hand, dem millionenfachen Tod einen Sinn zu geben, den Sinn eines gelauterten Deutschlands und einer für immer befreiteten Welt. Dann sind die Menschen nicht umsonst gestorben, und die Zurückgebliebenen dürfen ohne Bitterkeit sein.“

Diese Gedenkstätte soll und wird die Frage nach Schuld nicht verschleiern, die Opfer im Kampf gegen Unrecht nicht verschweigen, aber sie soll als Zeichen von Hoffnung und Versöhnung zugleich in eine friedvolle Zukunft weisen. Gedenken, Mahnung und Verpflichtung. Dieser ethische Dreiklang verdient Gemeinsamkeit, nicht Streitlust.

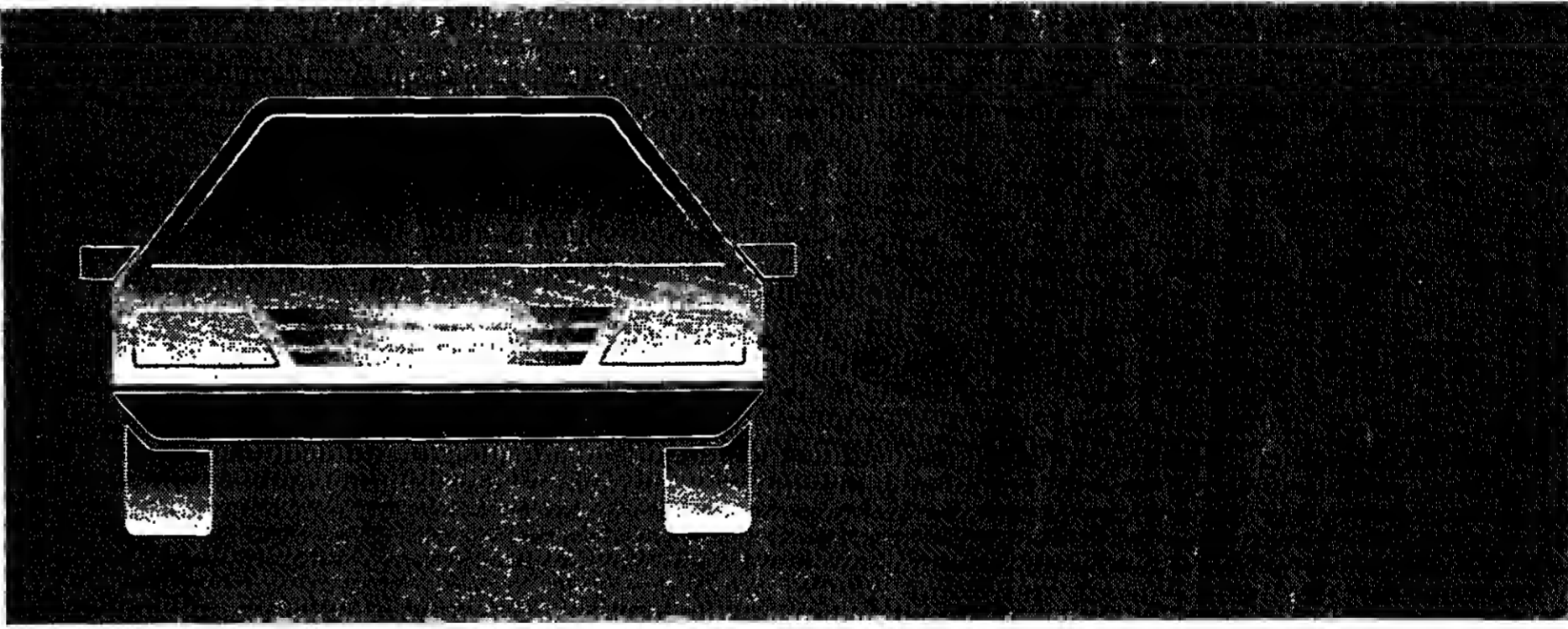
Dieter Weirich, MdB, CDU

## Wort des Tages

„Ich habe immer gefunden, die sogenannten schlechten Leute gewinnen, wenn man sie näher kennenlernt, und die guten verlieren.“

Georg Christoph Lichtenberg, deutscher Autor und Physiker (1742-1799)

## Natürlich empfehlen wir Leasing.



## Wenn es für Sie die beste Lösung ist.

Ein Auto-Leasing-Vertrag mit der GEFA hat für Sie als Unternehmer eine ganze Reihe von Vorteilen. Zualererst: Sie binden Ihre Liquidität nicht im Fuhrpark und haben deshalb finanziellen Spielraum für andere Projekte. Dazu haben Sie freie Auswahl in Marke und Typ. Und Sie haben einen Vertrag, der auf die Gegebenheiten Ihres Unternehmens abgestimmt ist. Trotzdem kann es sein, daß wir mit Ihnen über einen Kredit für Ihre Fahrzeuge sprechen. Das hängt ganz von Ihrer Situation ab. Wir werden gemeinsam herausfinden, womit Sie am besten fahren. Rufen Sie an, wir sind ganz in Ihrer Nähe. GEFA, Laurentiusstraße 19/21, 5600 Wuppertal 1, Tel. (0202) 382-0

Berlin · Bielefeld · Düsseldorf · Frankfurt · Freiburg · Hamburg · Hannover · Karlsruhe · Kassel · Koblenz · München · Nürnberg · Regensburg · Saarbrücken · Siegen · Stuttgart · Ulm · Würzburg

**GEFA**   
...finanziert Absatz und Investition





EISHOCKEY / Nach Sensationssieg über die CSSR: Deutsches Team mit neuem Selbstbewußtsein

Udo Kießling: „So packen wir auch noch einige Große“

H.-R. BEIN, Moskau
Xaver Unsinn war in seinem Element: „Gegen Kanada war's lächerlich. Da möchte ich am liebsten gegen die Tschechen die Musi' spielen.“

und fertig. „Alles ist möglich“, sagte er tonlos, muß sich vor Schimpf und Schande in der Heimat und sogar vor der Abstiegsgarde fürchten. Vor einem Jahr krönten sich die Tschechoslowaken selbst bei der WM der Sensation. Jetzt spielen sie am anderen Ende des Feldes auch die Hauptrolle. So spielt Sport Schicksal.

SPORT-NACHRICHTEN

Rieflersee bleibt erstklassig

München (dpa) - Mit einem 10:3 über den ERC Sonthofen sicherte sich der SC Rieflersee den letzten noch freien Platz in der ersten Eishockey-Bundesliga.

Verlegung abgelehnt

Bremen (dpa) - „Aus grundsätzlichen Erwägungen“ hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) der Verlegung des wahrscheinlich entscheidenden Spiels um die deutsche Fußball-Meisterschaft zwischen Werder Bremen und Bayern München nicht zugestimmt.

Heese statt Geinzer

Aschaffenburg (sid) - Fußball-Zweitligaklub Viktoria Aschaffenburg hat Trainer Kurt Geinzer entlassen und mit Horst Heese gleich einen Nachfolger präsentiert.

burg hat Trainer Kurt Geinzer entlassen und mit Horst Heese gleich einen Nachfolger präsentiert. Der zuletzt arbeitslose Heese übernimmt ab sofort das Training bei den abwärtsbedrohten Aschaffenburgern.

Hente Fußball-Bundesliga

Bonn (DW) - In der Fußball-Bundesliga finden heute zwei Nachholspiele statt: Hamburger SV - FC Schalke 04 und Borussia Dortmund - VfL Bochum. Beide Spiele beginnen um 20.00 Uhr.

Uerdingen will klagen

Krefeld (sid) - Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, das letzte Fußball-Bundesligaspiel gegen Eintracht Frankfurt erst am 29. April auszutragen, droht Bayer Uerdingen dem DFB mit einer Schadenersatzklage von rund einer Million Mark.

ZAHLEN

TENNIS
WCT-Finale in Dallas: Jarryd (Schweden) - Becker (Deutschland) 6:7, 6:1, 6:4. - Damen-Turnier in Hilton Head Island, Finale: Graf (Deutschland) - Evert-Lloyd (USA) 6:4, 7:5. - Doppel: Evert-Lloyd/White (USA) - Graf/Tanvier (Deutschland/Frankreich) 6:3, 6:3.

MOTOR
Tourwagen-EM in Hockenheim, dritter von 14 Läufern, 74 Runden = 503,2 km: 1. Cecotto/Lindström (Venezuela/Schweden) Volvo 240 Turbo 3:08:33,17 Std. (164,497 km/h), 2. Quastner/Ravaglia (Österreich/Italien) BMW 635 CSI 1:37,52 Min. zzt., 3. Niedzwiedz/Soper (Deutschland/England) Ford Sierra Turbo 73 Rd. - Formel-3000-EM in Silverstone, erster Lauf: 1. Fabre (Frankreich) Lola-Ford 35:33,37 Min., 2. Pirro (Italien) March Ford 33:35,19, 3. Nielsen (Dänemark) Ralt-Honda 33:50,28, 4. Thackwell (Neuseeland) March-Ford 35:51,50, ... 11. Weidler (Deutschland) Ralt-Honda 38:22,08.

GEWINNZAHLEN
Auswahlschritte 5 aus 45: 19, 27, 31, 33, 38, 44. Zusatzspiel: 24. - Rennserie: 1. Rennen A: 7, 6, 1, 1. - Rennen B: 27, 23, 35. (Ohne Gewähr).

Die große Lösung.



Das neue Programm der S-Klasse.

Weltweit gilt die S-Klasse als Vorbild für vollendetes Fahren. Das ist nicht allein eine Frage der Ausstrahlung, sondern der umfassenden technischen Führung, ihrer perfekten Realisierung in jedem Detail - und damit des sprichwörtlich hohen Nutzens. Eleganz der Form, sinnvolle Funktion, richtungweisende Motortechnik mit vorbildlicher Leistung und ausgereifter Mercedes-Elektronik - auch für

niedrigen Energiebedarf. Praktisch alle Modelle sind auch mit Katalysator lieferbar. Die große Lösung aber auch in bezug auf den Raumkomfort: Großzügige Bewegungsfreiheit, entspannende Atmosphäre, durchdachte Komfortdetails für Fahrer und Mitreisende. Den Hintergrund für Erfolg und Rang der S-Klasse bildet die Qualität, in der alle Funktionen verwirklicht sind: der Schutz durch ein einzigartiges Sicherheitssystem, die Zuverlässigkeit - und nicht zuletzt die Wertbeständigkeit dieser Automobile. Auch hier die große Lösung, die die S-Klasse so deutlich abhebt.



MERCEDES-BENZ
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

180 Milliarden werden im Schatten verdient

Bundesanstalt: Illegale Beschäftigung hat zugenommen

AP, Nürnberg Mehr als zehn Prozent des Brutto- sozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland werden nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit jährlich im Bereich der „Schattenwirtschaft“ erwirtschaftet - schätzungsweise bis zu 180 Milliarden Mark. Der Präsident der Bundesanstalt, Heinrich Franke, beklagte gestern auf einer Pressekonferenz die zunehmende „Sogwirkung der Illegalität“ auf dem Arbeitsmarkt, durch die mindestens 50 Milliarden Mark an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verlorengingen. Mutmaßungen über die Zahl der illegal Beschäftigten schwanken, da es naturgemäß an einer Statistik fehlt, zwischen 100 000 und 600 000. „Immer mehr Unternehmer lassen sich dazu verleiten, zu unüblichen Praktiken zu greifen, immer mehr Arbeitnehmer scheinen der Verlockung zu erliegen, eine schnelle Mark ohne Steuern und Sozialversicherung zu machen“, sagte Franke.

Zunehmend Bereich der organisierten Kriminalität

Vergangenes Jahr hatten die Arbeitsämter nach Angaben Frankes mehr als 191 000 Fälle aufgegriffen, bei denen der Verdacht auf Gesetzesverletzungen bestand. Gegenüber 1984 bedeutete dies eine Steigerung um mehr als 31 000 Fälle oder nahezu 20 Prozent. In knapp 106 000 Fällen habe sich der Verdacht bestätigt, und es seien Strafanzeigen erstattet oder Geldbußen verhängt worden. Auch die Schwere der Verstöße habe zugenommen. So seien 1985 mehr als 17 700 Strafanzeigen erstattet worden im Vergleich zu 13 100 im Jahr zuvor was einer Zunahme um 35 Prozent gleichkomme. In über 1300 abgeschlossenen Verfahren seien Geldbußen in Höhe von 10,4 Millionen Mark verhängt worden, gegenüber 3,7 Millionen im Vorjahr.

„Kavaliersdelikt“ bedroht die soziale Sicherheit

Viele sähen die illegale Vermittlung und die illegale Arbeit als „Kavaliersdelikt“ an, sagte Franke. Dabei sei sie „in außerordentlichem Maße sozialschädlich und bedrohe die soziale Sicherheit“. Die illegale Arbeit vermindere bestehende legale Arbeitsplätze, vermindere die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und laufe damit den Bemühungen zuwider, die immer noch zu hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Sie führe zu Steuer- und Beitrags hinterziehung und damit zu Mindereinnahmen des Fiskus und der Sozialversicherung, und sie trete in Verbindung mit Leistungsmissbrauch auf da viele illegal beschäftigte Arbeitnehmer neben dem Arbeitslohn auch noch Arbeitsentgelt kassierten. Franke berichtete, daß in 29 Ar-

Wende im Prozeß um Rheinmetall

dpa, Düsseldorf

Im Düsseldorfer Rheinmetall-Prozeß trat gestern eine Wende ein. Die vier wegen illegalen Waffenexports angeklagten Manager brachen ihr monatelanges Schweigen. In einer Erklärung bestätigten sie, daß Waffen- und Produktionsanlagen in Milliardenhöhe, die für Saudi-Arabien, Argentinien und Südafrika bestimmt waren, Umwege über Italien, Spanien und Paraguay nahmen.

CDU-Forderungen

Vor dem Treffen hatte das Präsidium der CDU gefordert, die vier vom Monat verabschiedeten, von einer Kommission unter Leitung von Ernst Albrecht erarbeiteten Perspektiven für eine künftige Agrarpolitik Zug um Zug zu verwirklichen, um die Zukunft der hauerlichen Familienbetriebe zu sichern. Das Konzept der CDU und die Politik der unionsgeführten Bundesregierung seien eine klare Alternative zu jenen Fehlentwicklungen, die auf Entscheidungen

Bonn bekräftigt Hilfen für Landwirte. SPD kritisiert „voreilige Beschlüsse“

Treffen der Bundesregierung mit Bauernverband / Verbraucher warnen vor Subventionismus

D.GOOß/H.-J.MAHNKE, Bonn Die Bundesregierung wird den deutschen Landwirten verstärkt unter die Arme greifen. Dies wurde gestern nach dem Treffen der Spitze des Deutschen Bauernverbandes mit Bundeskanzler Helmut Kohl, Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, Finanzminister Gerhard Stoltenberg und dem niedersächsischen Regierungschef Ernst Albrecht auf einem Gutshof bei Esperke in der Nähe von Hannover bekräftigt. Sprecher der SPD kritisierten, daß im Vorfeld von Landtagswahlen jetzt voreilige Beschlüsse gefaßt würden.

Hoffen auf engere Zusammenarbeit

Probleme zwischen deutschen und US-Sicherheitsbehörden / Aktivitäten in der Schweiz

WERNER KAHL, Bonn Nach den politischen Absichtserklärungen in Washington und Bonn über die gemeinsame Abwehr des Terrorismus erwarten die Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland jetzt von den USA eine verstärkte Zusammenarbeit auf der praktischen Arbeitsebene der Polizei und der Nachrichtendienste. Dies verlautete am Wochenende in Bonn nach einer Sicherheitstagung im Bundeskriminalamt.

Moskau droht mit einem nuklearen Feuer

DW/Amc Bonn

Schroffen Tönen und heftigen Angriffen seitens ihrer sowjetischen Gesprächspartner sahen sich Mitglieder des Bundestags-Unterschiedsausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle ausgesetzt, die am Wochenende von einer mehrtägigen Moskauer Reise nach Bonn zurückgekehrt sind. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer berichtete in Bonn von scharfer Kritik der Sowjets an „amerikanischem Banditentum“, an das sich die Bundesrepublik Deutschland „anhänge“.

„Tener für Steuerzahler“

Vor neuen Subventionen zu Lasten der Verbraucher hat gestern die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) in Bonn noch einmal gewarnt. In Niedersachsen zolle der Kanzler des Bauernverbandes seinen Tribut, mutmaßt die AGV. „Für die Steuerzahler wird das die wohl teuerste Dienstleistung dieser Wahlperiode.“ Dem Bauernverband warf die AGV vor, er täusche seine Mitglieder ebenso wie die Öffentlichkeit. Wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Sachverstand seien in der Agrarpolitik zur Zeit taut. Schon heute müsse eine dreiköpfige Familie in der Bundesrepublik 2000 Mark pro Jahr für die Agrarpolitik bezahlen.

Das neue Baum-Horoskop: Warum die Liebe zwischen Ahorn und Pappel so aufregend ist. Includes text about horoscopes, trees, and contact information for BILD magazine.

SEE SEMINARE IM NORDSEEBAD ST. PETER. Für erfolgreiche Tagungen bieten wir Meer, 5 Räume für Seminare, Tagungen, Festlichkeiten bis zu 250 Personen, modernste Konferenztechnik, 90 Zimmer, Swimmingpool, Fitness-Center, direkt am Meer.

GELDANLAGE IN SPANIEN. Kompl. Buch und Arbeitsmappe. EG-BESTIMMUNGEN. 1. Sonderausgabe mit detail. INFO über Investment, Geschäftseröffnung, Immob., Daueraufenthalt, Steuern etc. Auch für alle Haus- u. Grundbesitzer!

Große Interviews. Jedes Jahr erscheinen in der WELT ca. 350 Interviews. Gespräche mit kompetenten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kulturleben und Sport. WELT-Leser erfahren so aus erster Hand die Gedanken der Akteure des Weltgeschehens.

HÖRZU. Beste Unterhaltung, seit es Fernsehen gibt.

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND. Includes contact information for various regional offices and subscription details.

Feuer

DW, rmc, Bonn id heftigen An wertschen Ge sich Mitglieder

Michael San e Kreise spie del, und hinz altergehe, w im folgenden Todessche

atte es in Ma Meinungen best

der Letzte d dungspla gwen in Ab

INFO lung yerc tzer!

DUNG

OLM 4 6-63-42

Die Lohnschlüsse in Großbritannien

Die Lohnschlüsse in Großbritannien

Wieder Rekord

ed. - Die Börse präsentiert sich in Hausselaune. Sie stellte gestern mit einem mehr als zweiprozentigen Indexplus einen neuen Kursrekord auf.

Die zweite Rente

Von SABINE SCHUCHART

Etwa zwei Drittel der Beschäftigten in der Industrie und ein Drittel im Handel haben Anspruch auf ein betriebliches Zuhört im Alter.

Die Entwicklung macht deutlich, dass das System der betrieblichen Altersversorgung, das bei allen gesellschaftlichen Gruppen Zustimmung findet, nicht ohne Probleme ist.

Die Kehrseite in der über hundertjährigen Geschichte der betrieblichen Altersversorgung brachte das Betriebsrentengesetz von 1974 und die sich daran anschließende Rechtsprechung.

Die Unternehmen brachten die zunehmenden staatlichen Reglementierungen nicht vorhersehbare Kostenrisiken und ein Anwachsen der Risiken.

GROSSBRITANNIEN Lohnabschlüsse liegen weiter über der Inflationsrate

in London Die Lohnabschlüsse in Großbritannien liegen unverändert deutlich über der Preissteigerungsrate.

tes das „Grünes Licht“ für den Börsenzug, nachdem er in der vorigen Woche bereits ohne längeres Zögern die „Widerstandslinie“ passiert hat.

Stierkämpfe

Ha. (Brüssel) - Geld stinkt bekanntlich nicht, weder im privaten noch im öffentlichen Bereich.

AUF EIN WORT

Wenn es Menschen gibt, die mit hohem Engagement und mit großem moralischen Anspruch auftreten, um die Umwelt zu schützen.

Dr. Klaus Barthel, Vorsitzender des Vorstandes der Kraftwerk Union AG, Mülheim. FOTO: OIE WELT

Benzin billiger als bei den Nachbarn

dp/VWD, Bonn In der Bundesrepublik Deutschland können die Kraftfahrer heute billiger tanken als in den meisten europäischen Ländern.

Unternehmen erwarten reales Wachstum von 4,8 Prozent

Die Zuversicht, mit der die deutsche Industrie ihre Geschäftsaussichten beurteilt, ist in den letzten Wochen weiter gewachsen.

Die Produzenten sind zuversichtlich

INGE ADHAM, Frankfurt Auf Frankfurts Messengelände steht - auch trotz der derzeitigen frostigen Witterung - der Sommer bevor.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Gesetzgeber ist bei Umsetzung nicht in Eile

EG-Produzentenhaftung wird erst in zehn Jahren nationales Recht

HARALD POSNY, Düsseldorf Die Umsetzung der Mitte 1985 nach neunjähriger Beratung verabschiedeten EG-Richtlinie zur Produzentenhaftung in nationales Recht wird noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Die nach langen Diskussionen zwischen den Regierungen und Industrieverbänden umstrittene EG-Richtlinie, oft als Schritt zu besserem Verbraucherschutz gefeiert, sieht im Kern vor, daß der Hersteller eines fehlerhaften Produktes künftig grundsätzlich auch dann für dadurch verursachte Schäden haften muß.

Grundsätzlich ist die deutsche Industrie mit der Richtlinie nicht unzufrieden. Friedrich Kretschmer vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) meint jetzt in einem Beitrag für die Zeitschrift „Produkthaftung international“, sei sei sogar angesichts der seit Jahren zu beobachtenden Tendenz in einigen EG-Ländern, die Produzentenhaftung zugun-

men nachteilig sein könnte, weil von ihr „eine Signalwirkung für die Gerichte ausgeht und sich einzelne Unternehmen veranlaßt sehen könnten, mit ihren Versicherern höhere als eigentlich erforderliche Deckungssummen zu vereinbaren“.

Klärende Worte erwartet die Industrie vom Gesetzgeber auf jeden Fall beim Sicherheitsbegriff, der kalkulierbar gemacht werden muß. Muß der Richter, der „alle Umstände“ berücksichtigt, neben Darbietung, Gebrauch und Zeitpunkt des Inverkehrbringens des Produkts auch seine Preis, das Vorhandensein von Produktionsalternativen usw. beurteilen? Wie stellt der Richter die „Erwartungen der Allgemeinheit“ in ein Produkt fest?

In der Versicherungswirtschaft geht man davon aus, daß die Richtlinie in den einzelnen EG-Staaten unterschiedlich umgesetzt wird. Insofern fallen auch Aussagen über mögliche Auswirkungen schwer - außer, daß allgemein steigende Prämien erwartet werden. Der stellvertretende Generalsekretär der Europäischen Versicherungsvereinigung (CEA), John Cowell: „Wenn 1985 die Kommission erneut darüber zu entscheiden hat, ob sie generell die Haftung auf Entwicklungsrückstände ausdehnen wird und eine unbegrenzte Haftung europaweit einführt, bleibt man noch weit entfernt von einer echten Rechtsvereinheitlichung in diesem Bereich.“

RUHRGEBIET - NIEDERRHEIN

Höhere Binnennachfrage entlastet auch Arbeitsmarkt

HANS BAUMANN, Duisburg Der konjunkturelle Aufschwung im westlichen Ruhrgebiet und am Niederrhein ist nicht mehr ausschließlich auf den Export zurückzuführen.

Die Industrie am Niederrhein und im westlichen Ruhrgebiet hat 1985 mit 31,1 Mrd. Mark Umsatz ein bisher nicht erreichtes Ergebnis erzielt. Die günstige konjunkturelle Entwicklung zeigt jetzt auch Wirkung im Bereich der Beschäftigung und führt zu einer deutlichen Entspannung des Arbeitsmarktes.

Erbliche Einschränkungen für die Wirtschaft bringen nach Pieper auch die jüngsten umweltpolitischen Entscheidungen aus dem Bundesimmissionschutzgesetz und aus der Technischen Anleitung Luft, die in ihrer wirklichen Tragweite noch gar nicht abzuschätzen seien.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das Auto beherrscht eindeutig die Verkehrs-Szenarie in der Bundesrepublik Deutschland. Über vier Fünftel des gesamten Personenverkehrs werden 1986 nach Schätzungen des Münchner Ifo-Instituts mit dem PKW bewältigt.

Feldmühle-Aktien werden noch im April angeboten

Frankfurt (cd.) - Die Aktien der aus dem industriellen Kernbereich des Flick-Konzerns gebildeten Holding Feldmühle-Nobel AG (Grundkapital 350 Mill. DM) sollen in der letzten Aprilwoche vor allem deutschen Interessenten, zur Zeichnung angeboten werden.

Kritik an der Bahn

Bremen (nw) - Heftige Kritik hat der Präsens der Handelskammer Bremen Friedo Berninghausen an den Plänen der Deutschen Bundesbahn geübt.

Galen pünktlich erschienen

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Bankier Ferdinand Graf von Galen (50) ist gestern pünktlich zum Prozess um den Fast-Zusammenbruch der Frankfurter Bank Schröder, Münchmeier, Hengst und Co. (SMH-Bank) vor dem Landgericht Frankfurt erschienen.

Bei Strom an der Spitze

Frankfurt (dpa) - Die Bundesrepublik Deutschland hat mit einem Stromverbrauch von 383 Mrd. Kilowattstunden 1985 in der EG an der Spitze vor Frankreich (303 Mrd.) und

Managerversicherung

Düsseldorf (Pv.) - Das Bundesaufsichtsrats für die Versicherungsbranche hat von der erst seit wenigen Jahren in Düsseldorf ansässigen deutschen Niederlassung der amerikanischen Federal Insurance Comp. (Prämien-Volumen 1984: 15 Mill. DM) eine neue Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Unternehmensleiter genehmigt.

KfW-Kredite billiger

Frankfurt (cd.) - Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) senkt die Zinsen für neue Bestellerkredite aus ihrem ERP-Exportfinanzierungsprogramm von 7,01 auf 6,77 Prozent bei Aufträgen bis zu rd. 105 Mill. DM und von 7,87 auf 7,62 Prozent bei Aufträgen über rd. 105 Mill. DM.

Interventionssatz gesenkt

Paris (AFP) - Die Französische Staatsbank wird ab heute ihren Interventionssatz von 8,25 Prozent um einen halben Punkt auf 7,75 Prozent reduzieren.

Dollar etwas fester

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Dollarkurs ist gestern leicht gestiegen. Der amtliche Mittelkurs der US-Devisen wurde in Frankfurt mit 2,3135 DM nach 2,3050 DM am Freitag fixiert.

Salomon wird achtzig Jahre alt



FOTO: TOPIX

Sir Walter Salomon, eine weit über die Londoner City und Großbritannien hinaus bekannte und geschätzte Persönlichkeit, wird morgen 80 Jahre alt.

Bis immerhin noch 1983 war er Vorsitzender des Verwaltungsrats der von ihm 1950 übernommenen Londoner Merchant Bank Rea Brothers.

In beiden Büchern führt der in Deutschland geborene und aufgewachsene Londoner Bankier seinen Kreuzweg gegen die „unmoralische, politisch gefährliche und letztlich ins Chaos führende Inflation“ sowie alle Eingriffe, die gegen die freiheitliche Gesellschaft gerichtet sind.

Britische Bank wird verkauft

Die Bank von England wird Johnson Matthey Bankers (JMB), die ehemalige Tochterfirma des Londoner Edelmetallkonzerns Johnson Matthey, an das größte australische Bankinstitut Westpac verkaufen.

An der Rettungsaktion beteiligten sich auch rund 20 britische Banken. Es wird geschätzt, daß die Notenbank über die Kapitalspritze von 100 Mill. Pfund hinaus weitere 25 Mill. Pfund besteuern mußte.

GROSSBRITANNIEN / Lawsons Modell zur Mitarbeiter-Gewinnbeteiligung soll Beschäftigungslage verbessern

Lohnstrukturen sind Achillesferse der Wirtschaft

WILHELM FURLER, London Der britische Schatzkanzler Nigel Lawson wird in Kürze seine mit dem jüngsten Budget vorgelegten Pläne für eine Mitarbeiter-Gewinnbeteiligung dem Arbeitgeber-Verband und Vertretern der Gewerkschaftsbewegung näher erläutern.

Dabei stellt es, wie Samuel Brittan, einer der angesehensten britischen Zeitungskommentatoren, völlig zu Recht betont, des Schatzkanzlers größte Chance dar, sich mit einer erfolgreichen Einführung „einen Platz in der Geschichte“ zu verdienen.

Dies liegt einerseits daran, daß das Ausmaß der positiven Auswirkungen einer so elementaren Veränderung der Vergütungsstruktur, wie sie bislang eigentlich nur in Japan existiert, unterschätzt wird.

einmal mehr deutlich, daß die Briten kreativen Strukturänderungen, insbesondere wenn sie das Beschäftigungsverhältnis betreffen, meist mit großer Skepsis begegnen.

Lawson begründet seine Initiative mit der Erkenntnis, daß die gegenwärtige Lohn- und Gehaltsstruktur die eigentliche Achillesferse der britischen Wirtschaft sei; dies gelte sowohl für den eingebauten unflexiblen Mechanismus überzogener Forderungen und Zugeständnisse als auch für die Härte in Form von Entlassungen, sobald Marktschwierigkeiten auftreten.

Ein Ausweg sei die Entwicklung eines Systems, in welchem ein erheblicher Teil der Mitarbeiter-Vergütung direkt vom Unternehmensgewinn je Beschäftigtem abhängt.

rend einer negativen Konjunkturphase Mitarbeiter zu entlassen, da eine Flaute durch geringere oder gar keine Gewinnausschüttungen weit besser durchgestanden werden kann.

Wie könnte eine solche Gewinnbeteiligung aussehen? Angenommen, ein Mitarbeiter verdient heute 30 000 Mark pro Jahr einschließlich zusätzlicher Nebenleistungen, dann würde bei einer Gewinnbeteiligung die fixe und weiterhin über Tarifverhandlungen festgelegte Lohnzahlung möglicherweise bei 24 500 DM liegen; zusätzliche 5500 DM würden als gewinnabhängige Bonuszahlung geleistet.

Jedoch glauben Experten, daß ein Anteil deutlich unter zehn Prozent kaum Anreize schaffen würde.

DÄNEMARK / Leistungsbilanz-Defizit problematisch

Weiter auf Wachstumspfad

Dänemark ist weiter auf dem Wachstumspfad. Wie die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Länderbericht schreibt, ist das dänische Bruttosozialprodukt seit 1982 jährlich um real drei Prozent gestiegen.

Nach den OECD-Angaben hat sich außerdem die staatliche Finanzsituation entscheidend verbessert.

Sir Walter Salomon wurde am 16. April 1906 in Hamburg geboren. Der Spieß einer alten Hamburger Bankiersfamilie verließ das Hitler-Deutschland 1937 und wurde britischer Staatsbürger.

Das Defizit sei 1985 auf die Rekordhöhe von 28 Mrd. Kronen (7,8 Mrd. DM) und damit auf einen Anteil von 4,6 Prozent des Bruttosozialprodukts gestiegen.

Die Experten unterstreichen, daß sich die dänische Regierung bereits um einen Abbau der Außendefizite bemüht und sie in einigen Jahren gänzlich beseitigen will.

NIEDERLANDE / Bierkonzern blickt nach Deutschland

Heineken auf der Lauer

Der Amsterdamer Bier- und Getränkekonzern Heineken beabsichtigt, sich auf dem deutschen Markt zu engagieren.

Man werde jedoch den Sturm auf den deutschen Biermarkt nach dem Fall des Reinheitsgebotes - in Amsterdam hält man ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofes noch in diesem Jahr offen.

Sprünge zu helfen. Offenbar denkt er an einen bis zu 50prozentigen Nachlaß bei der Besteuerung des gewinnabhängigen Anteils.

Dieser Steueranreiz ist schon deshalb angebracht, weil die Gewinnbeteiligung ja nicht nur die Chance bringt, von steigenden Gewinnen zu profitieren.

Doch dies wäre eine Staatsinvestition, die sich vielfach auszahlen dürfte. Zum einen ist das Potential einer sich durchsetzenden Gewinnbeteiligung für Arbeitnehmer gerade für die britische Wirtschaft mit ihrer traditionellen schlechten Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung und ihrer mit Arbeitskämpfen geplagten Vergangenheit nicht zu unterschätzen.

FORTUNE-LISTE / Ölfirmen waren 1985 die Verlierer

Gewinne deutlich niedriger

H.A. SIEBERT, Washington Für die 500 größten US-Industriefirmen, die in der Fortune-Liste zusammengefaßt sind, hat das vergangene Jahr insgesamt enttäuschende Ergebnisse gebracht.

Die Reingewinne, die im Vorjahr um 24,9 Prozent auf 85,9 Mrd. Dollar gestiegen waren, sanken 1985 um 19,1 Prozent auf 69,6 Mrd. Dollar.

Blickt man weiter zurück, dann hat die Reagan-Ära den amerikanischen Firmen relativ magere Jahre besorgt. Seit dem Hoch, das vor Ausbruch der Rezession 1981 erreicht wurde, wuchsen die Umsätze nur um zwei Prozent, während die Gewinne um 17,4 Prozent fielen.

men kauften in großem Umfang eigene Aktien zurück; 14, darunter Allied Reynolds Industries und Philip Morris, erwarben Unternehmen aus dem Kreis der „500“ - beispielsweise Cluett Peabody, General Foods, Nabisco, Searle und Signal.

Sogenannte Leveraged Buyouts, bei denen Aktiva verpfändet werden, gaben elf Konzernen ein anderes Gesicht. Zu ihnen gehörten Beatrice, Kaiser Aluminium, Levi Strauss, Revlon und Uniroyal.

Die höchsten Umsatz- und Gewinnsteigerungen erzielten im vergangenen Jahr die Hersteller von Möbeln, Spielzeug und Sportartikeln.

Eine Wende bei Computern sagt die Wall Street für 1986 voraus.

Die 30 größten US-Industrieunternehmen

Table with 5 columns: Rang '85 '84, (MILL. Dollar), Umsatz, ± %, Nettogewinn, Umsatzrendite %

ITALIEN / Ansiedlung von Technologieparks als Ersatz für stillgelegte Industrien

Mailand und Turin kämpfen um die Spitze

GÜNTHER DEPAS, Mailand Nach dem Vorbild der britischen Science-Parks und des US-Tecosocieties entsteht in Italien gegenwärtig eine Reihe von Hochtechnologie-Aglomeraten mit dem Ziel, wissenschaftliche Institute und Industrieunternehmen im Verbund eng zu verknüpfen.

In der Region Piemont, der Heimstätte dieses Areal, ist die Erfindungsdichte (EG-Patente je Million Einwohner) mit 14,7 (1984) höher als die der Lombardie (10,3), wobei die Provinz Turin in der neben Fiat noch zahlreiche andere Hochtechnologie-Firmen ihren Sitz haben mit 22,1 vor

der Provinz Mailand mit 17,2 in Italien weit an der Spitze steht.

Das Beispiel der Region Piemont und seiner Regional-Hauptstadt Turin vor Augen wollen jetzt auch die Lombardie und Mailand ein High-Tech-Zentrum aufbauen.

Darüber hinaus will die Stadtverwaltung von Mailand zusammen mit den örtlichen Industrieunternehmen auch andere ehemalige Industriestätten heranziehen, die durch die Umstrukturierung und Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen jetzt nach und nach frei werden.

sto San Giovanni, der während der Streik- und Protestphase zwischen dem Ende der sechziger und dem Anfang der siebziger Jahre als Mailänder „Stalingrad“ berüchtigt war.

Science-Park-Projekte haben bereits Verona (Bio-Technologien), Padua (Elektronik) und Venedig (Umweltschutz), Pläne in ähnlicher Richtung begt darüber hinaus Genua, wo die Krise der Stahl- und Wertindustrie Platz für High-Tech-Initiativen schafft.

geeignete Lösung für den landesweiten Vertrieb in der Bundesrepublik, so der Vorstandssprecher weiter. Es scheint also so, als läge der große holländische Bierbrauer bereits auf der Lauer für ein Engagement in der Bundesrepublik.

Insgesamt zeigte sich die Geschäftsführung über das Jahresergebnis zufrieden, obwohl einige Wolken am Bierhimmel zu sehen sind. So fordere die Umstrukturierung in Spanien (Heineken-Marktanteil 19,3 Prozent) und Frankreich (25 Prozent) 1986 Investitionen in Höhe von mindestens 550 Mill. DM.

Japaner erwarten stärkeren Yen

Der Yen wird nach einer gemeinsamen Prognose der führenden japanischen Wirtschaftsforscher in den nächsten drei Jahren seine jüngsten Kursgewinne gegenüber dem Dollar vermindern.

Die Wirtschaftswissenschaftler begründen ihre Prognose mit dem erwarteten Rückgang der Zinssätze in den USA, der zunehmenden Verwendung des Yens als internationaler Reserve- und Verkehrswährung sowie dem erwarteten Anhalten des japanischen Außenhandelsüberschusses.

NAMEN

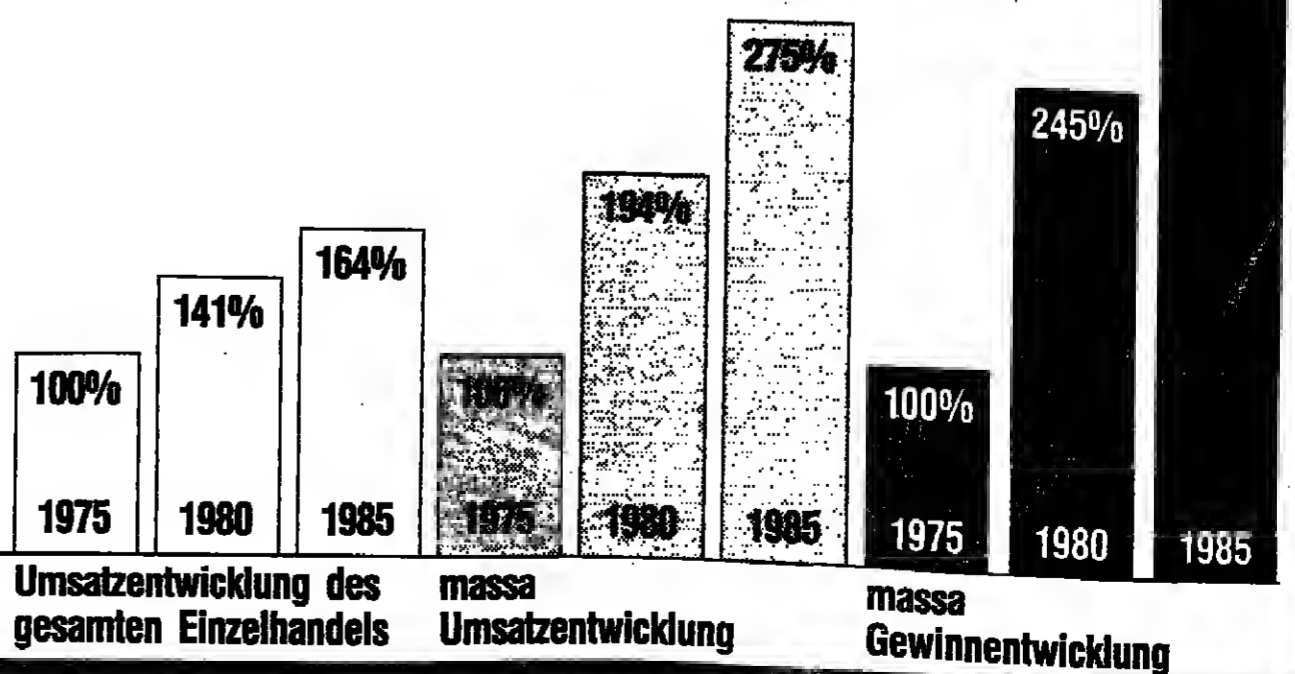
Dr. Benno Weimann, Vorstandsvorsitzender der Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen, wird heute 60 Jahre. Karl Birkhold, Mitglied des Vorstands der Paul Hartmann AG, Heidenheim, und verantwortlich für den Zentralbereich Vertrieb, vollendet am 17. April das 65. Lebensjahr.

massa Einkaufszentren der Zukunft

- Einkauf ohne Zeitverlust
● Optimale Standorte in Autobahnnähe
● Keine Parkplatzprobleme

Argumente, die für Handelsunternehmen der 90er Jahre entscheidend sein werden!

massa Aktien demnächst amtlich notiert.



Handwritten signature or note at the bottom of the page.

ANGERMANN / Belegung auf dem Firmenmarkt

Nur begrenztes Angebot

JAN BRECH, Hamburg
Die Belegungstendenzen auf dem Firmenmarkt haben sich weiter verstärkt. Hintergrund für das Interesse an Erwerb von deutschen Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen bilden nach Angaben der Hamburger Angermann-Kapitalgesellschaft die guten Geschäftsaussichten, die zusammen mit den günstigen Wechselkursrelationen zu einer überproportionalen Gewinnsteigerung geführt haben.

Die Sparte Unternehmensverkauf, die innerhalb der Angermann-Gruppe den Schwerpunkt der Aktivitäten darstellt, verfügt gegenwärtig über einen festen Bestand an zu verkaufenden Unternehmen im Wert von 250 Mill. DM. Dem stehen Suchaufträge im Wert von 290 Mill. DM gegenüber.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Möbelgeschäft forciert

Hannover (dos) - Die in allen Bereichen des Groß- und Einzelhandels tätige Schaper-Gruppe, Hannover, mit einem Aufwuchs von gut 5 Mrd. DM eines der führenden Unternehmen der Branche, forciert in starkem Maße die Interessen im Möbelgeschäft.

eine Gruppe eingerichtet, die künftig die Platzierung und den Handel, insbesondere von Dollar-Titeln, betreiben soll. Bisher wurden bereits DM-Titel gehandelt. Leiter der Gruppe ist Rolf Schäfer.

Künftig gesprudelt

Wachenheim (dpa/WVD) - Die Sektkellerei Schloß Wachenheim AG, Wachenheim, erhöhte ihren Umsatz 1985 um 20 Prozent auf 31,3 Mill. DM. Der Absatz stieg dem Geschäftsbereich zufolge von 4,7 auf gut 5 Mill. Flaschen. Aus knapp 0,44 (0,29) Mill. DM Jahresüberschuss sollen 200 Mill. DM in die Rücklagen überführt und 16 Prozent Dividende auf das Kapital von 2 Mill. DM gezahlt werden.

Einbecker zahlt Bonns

Einbeck (dpa/WVD) - Die Einbecker Brauhaus AG, Einbeck, hat im Geschäftsjahr 1985 einen Bilanzgewinn von 1,87 Mill. DM erzielt. Daraus soll eine unveränderte Dividende von 10 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 7,2 Mill. DM sowie ein Bonus von 1,50 DM je Aktie gezahlt werden (HV am 20. Mai).

Hohes Umsatzplus

Nürnberg (dpa/WVD) - Die Leontische Drahtwerke AG, Nürnberg, hat 1985 mit 276 Mill. DM ein Umsatzplus von rund 20 Prozent erzielt. Der HV am 25. Juni soll die Ausschüttung einer 24prozentigen Dividende vorgeschlagen werden. 1984 wurden 20 Prozent Dividende plus vier Prozent Bonus gezahlt. In die Rücklagen gehen 2,9 Mill. DM. Ein Viertel des Grundkapitals von 12 Mill. DM hält die Gropa Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt, an der mit jeweils 50 Prozent die Deutsche Bank und die Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG beteiligt sind.

WestLB baut aus

Düsseldorf (Py) - Die Westdeutsche Landesbank will ihre Aktivitäten im Europageschäft mit fremden Währungen verstärken. In der Londoner Niederlassung wurde

DEUTSCHE BANK / Für 1986 könnte zu einer höheren Dividende noch ein Bonus kommen

„Zwölf Mark sind keine Schallmauer“

CLAUS DEERTINGER, Frankfurt
Wohl ahnend, daß viele Aktionäre der Deutschen Bank bei einer 12,4prozentigen Steigerung des Betriebsergebnisses (vor Steuern und Risikoversorge) auf rund 3 Mrd. DM mit einer unveränderten Dividende von 12 DM je Aktie unzufrieden sind, bemühte sich F. Wilhelm Christians, einer der beiden Vorstandspräsidenten, bei der Kommentierung des Abschlusses die Enttäuschung durch den Hinweis auf den Wertzuwachs der Aktie und das Anderthalbfache seit Anfang 1985 und das Bezugsrecht (Durchschnittswert 16,79 DM) zu dämpfen.

Zugleich weckte er, vorausgesetzt, die Erträge sprudeln weiter so munter, Hoffnungen auf eine höhere Ausschüttung im nächsten Jahr („Zwölf Mark sind keine Schallmauer“), in dem auch ein Bonus aus dem bei der Verwertung des Fick-Vermögens erzielten Ertrag von mehr als 1 Mrd. DM denkbar erscheint.

Christians begründet den Verzicht auf eine Dividendenerhöhung für das gute Geschäftsjahr 1985 mit der Notwendigkeit, die Kapitalkraft des Konzerns als solches Fundament für weitere ertragsstarkes Wachstum zu verbessern und auch das künftige Ausschüttungspotential so weit wie möglich abzusichern. Dabei haben die besonders risikosensiblen Deutschbankiers nicht nur die anhaltenden und letztlich auch die internationalen Banken tangierenden Gefahren an der Schuldenfront der Entwicklungsländer vor Augen sowie die noch nicht absehbaren Risiken der vielgepresenen Finanzinnovationen; sie denken auch an die Änderung der Ertragsstruktur im Bankgeschäft, die sich im relativen Rückgang der Zinserträge abzeichnet, was nicht zuletzt auf die „Abnabelung“ großer Kunden von den Banken als Folge des Vordringens neuer Finanzierungsinstrumente zurückzuführen ist.

Bei der Deutschen Bank, bei der freilich wegen des hohen Gewichts

der niedrig verzinslichen täglich fälligen Gelder die Zinsspanne in Zeiten sinkender Zinsen traditionell schrumpft (1985 von 3,16 auf immer noch stolze 2,96 Prozent), wird das besonders deutlich sichtbar. Der Zinsüberschuss stieg trotz gut neunprozentiger Jahresdurchschnittlicher Ausweitung des Geschäftsvolumens lediglich um 1,3 Prozent auf 4,27 Mrd. DM.

Das Dienstleistungsgeschäft brachte zwar einen um 19,4 Prozent auf 1,94 Mrd. DM erhöhten Überschuss, doch stiegen diese regulären Erträge insgesamt nur um 5,2 Prozent, während der Verwaltungsaufwand um 7,5 Prozent zunahm, so daß nur noch eine bescheidene Steigerung des Teilbetriebsergebnisses (siehe Tabelle) übrig blieb.

Ihr Plus im Gesamtbetriebsergebnis erwirtschaftete die AG also praktisch allein aus den um zwei Fünftel auf deutlich über 1,1 Mrd. DM gestiegenen Gewinnen aus dem Eigenhandel mit Wertpapieren, Devisen und Edelmetallen, zu dem dank des Börsenbooms besonders die Effekteingewinne (plus 50 Prozent) beigetragen haben. Für die Risikoversorge zweigte die Mutterbank aus dem erwirtschafteten Ergebnis schätzungsweise 850 Mill. DM oder ein Drittel weniger als im Vorjahr; der Bedarf sank nicht zuletzt wegen des Rückgangs der Auslandsforderungen als Folge der Dollarschwächung, die das Wachstum des Geschäftsvolumens um 6,5 Mrd. DM und im Konzern um 13 Mrd. DM bremste. Endgültig abgeschrieben wurden 480 (306) Mill. DM Kredite, davon 462 Mill. DM zulasten früher gebildeter Rückstellungen.

Der Konzern, der ein Teilbetriebsergebnis von unverändert 2,88 Mrd. DM und ein Gesamtbetriebsergebnis von - geschätzt - 4,1 Mrd. DM (plus 8,3 Prozent) erzielte, hat, stockte seine Risikoversorge um schätzungsweise 1,6 (1,9) Mrd. DM auf, und zwar vorwiegend für Engagements in Problemländern, die auf 7,4 (7,9) Mrd.

DM beziffert wurden. Wieder mußte die Mutter für die Eurastbank einspringen, diesmal mit 230 Mill. DM. Auch in den ersten beiden Monaten 1986 hielt der günstige Ertragsrendevor allem im Eigenhandel - an. Mit seinen umfangreichen stillen Reserven und dem um nahezu 2 Mrd. DM auf 9,7 Mrd. DM gestiegenen Eigenkapital ist der Deutsche-Bank-Konzern, dessen Geschäftsvolumen um 1,8 Prozent auf 345 Mrd. DM gestiegen ist, für weiteres Wachstum und die Wahrnehmung aller Chancen im Wettbewerb gut gerüstet. Der vom Kreditwesengesetz gezogene Expansionspielraum hat sich jetzt auf reichlich 13 Mrd. DM erweitert.

Die geschäftspolitische Strategie des Konzerns mit seinen 58 651 (57 673) Mitarbeitern war und ist vor allem auf den Ausbau des nationalen und internationalen Wertpapierhandels- und Emissionsgeschäfts ausgerichtet. Nach der Etablierung eigener Wertpapierhäuser in London und Tokio, welche die Investmentbanking-Aktivitäten in New York, Frankfurt, Genf und Zürich ergänzen, ist die Bank jetzt an allen Plätzen präsent, an denen sich das internationale Geschäft besonders konzentriert.

Table with 3 columns: Deutsche Bank AG, 1985, ±%. Rows include Bilanzsumme, Eigenkapital, Gelder von Banken, etc.

\*) Zins- und Provisionüberschuss abzüglich Personal- u. Sachaufwand sowie Normalabschreibungen auf Sachanlagen. \*) Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Erwerbs- und Wertpapiere sowie sonstige Aufwendungen abzüglich Saldo aus sonstigen a. o. Erträgen (darunter Eigenkapitalerhöhungen u. aufgestaute Rückstellungen). \*) 1985 und 100 Mill. DM Ertrag aus Auflösung stiller versteuerter Reserven.

RÖMER

Bei Helmen in vorderer Position

In der Bundesrepublik dürfte es zwischen 3,5 und vier Millionen Benutzer von Motorrad- und Mofahelmen geben. Pro Jahr werden hierzulande rund 450 000 bis 550 000 neue Helme gekauft, deren durchschnittliche Lebensdauer auf drei bis vier Jahre zu veranschlagen ist. Helme werden, wie man bei der Römer GmbH, Neu-Ulm, konstatiert, nicht nur anlässlich der Erstanschaffung von Zweirädern gekauft, sondern vor allem auch, weil Helme beispielsweise im Falle der Beschädigung ausgetauscht werden müssen oder weil in der Zwischenzeit neue Normen erlassen wurden. Nicht zuletzt spiele auch die Mode bei den Helmen eine Rolle.

Die Firma Römer, einer der führenden Hersteller der Branche, produziert und vertreibt vor allem Sporthelme, also Motorrad- und Mofahelme unter den Marken „Römer“ und „Carera“. Darüber hinaus sind im Programm Schutzhelme, Schutzschilde und sonstige Ausrüstungsgegenstände für die Polizei, die Feuerwehr, für Militär und Industrie. Das Familienunternehmen hat nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Anton H. Werren in 1985 den Umsatz um 15 Prozent auf rund 20 Mill. DM gesteigert. Der Gewinn wird mit „zufriedenstellend“ bezeichnet. In den nächsten vier Jahren soll der Umsatz auf mehr als 30 Mill. DM ausgeweitet werden. Zugleich wird eine Steigerung des Marktanteils für Motorradhelme in der Bundesrepublik auf über 20 Prozent ins Auge gefaßt.

Im Zusammenhang mit diesen Expansionsplänen hat sich die von den Banken getragene WFG Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital mbH, Frankfurt, mit einem Minderheitsanteil (über 25 Prozent) an Römer beteiligt. Hauptgesellschafter bleibt auch weiterhin die Familie Römer. Die Eigenkapitalquote von Römer wird mit 28 Prozent der Bilanzsumme angegeben.

LAMY

Renaissance des Füllfederhalters

Bei Handschreibgeräten für gehobene Ansprüche ist der Füllfederhalter wieder stark im Kommen, konstatiert man bei der C. Lamy GmbH, Heidelberg. Das Familienunternehmen hat 1985 seinen Umsatz auf 44 (1984: 40) Mill. DM gesteigert und peilt im laufenden Jahr ein weiteres Wachstum auf 48 Mill. DM an. Maßgeblich die Marktaufnahme der weltweiten Schreibgeräte und der neuen „twin pen“, eine Kombination von Kugelschreiber und Druckbleistift, hätten zu diesem Erfolg beigetragen. Der Anteil der Füllhalter am Lamy-Umsatz mache gut ein Drittel aus.

Alles in allem schätzt man den Markt für Schreibgeräte in der Bundesrepublik auf über eine halbe Mrd. DM jährlich, wovon auf gehobene Schreibgeräte - dies sind in erster Linie Kugelschreiber mit Großraummine sowie Füllfederhalter außerhalb des Schulbedarfs - zwischen 100 und 150 Mill. DM entfallen dürften. Die drei Großen in diesem Segment - Lamy, Montblanc und Parker - beanspruchten nach Lamy-Angaben etwa 70 bis 80 Prozent jenes Teilmarktes. Im Schreibgeräte-Sektor wachse der Anteil des Industrie-Geschäfts, also die von der Wirtschaft vor allem für Werbezwecke geordneten Produkte, am stärksten, wobei das Volumen dieses Bereiches allerdings schwierig zu quantifizieren sei.

Etwas ein Drittel des Lamy-Umsatzes wird im Export erzielt. Wichtigste Abnehmer seien die USA, Österreich und Japan. Auf diesem Felde traut sich Lamy durch intensiver Bearbeitung der Auslandsmärkte mittel- bis langfristig eine Erhöhung des Anteils des Auslandsgeschäfts auf 50 Prozent zu.

Die Ertragslage bezeichnet der geschäftsführende Gesellschafter Manfred Lamy als gut. Die Firma, die 350 Mitarbeiter zählt, sei voll ausgelastet. Im vergangenen Jahr waren 5 Mill. DM in Neubauten investiert worden.

WFG hat sich an Balsam beteiligt

Die Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital mbH (WFG), Frankfurt, hat 15 Prozent des Kapitals der Balsam Sportstättenbau GmbH & Co. KG, Steinhausen, übernommen. Nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters, Friedel Balsam, wird damit für sein Unternehmen eine neue Phase eingeleitet. Beabsichtigt sei später die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und die Börseneinführung. Unter Berücksichtigung der WFG-Beteiligung sei das Eigenkapital des Unternehmens, das sich als Marktführer im Bereich Spezial-Sportboden-Systeme betrachtet, auf rund 30 Mill. DM gestiegen.

Balsam installiert nach eigenen Angaben weltweit mehr als eine Mill. Quadratmeter synthetische Sportbodenbeläge. Der Schwerpunkt liegt bei Laufbahnen und Kunstrasen. Vom Umsatz in Höhe von 110 Mill. DM entfielen etwa 80 Prozent auf diesen Bereich. Der Anteil des Auslandsgeschäfts erreichte 75 Prozent. Vor allem die USA bezeichnet Balsam als wachstumsträchtigen Markt. Das Unternehmen beschäftigt 250 ständige Mitarbeiter; hinzu kommen für Verlegetarbeiten noch 500 Saisonkräfte.

Advertisement for Post-Computer cooperation. Text: „Immer mehr Versandleiter wollen beim Paketversand auf die Mitarbeit von Kollege Computer nicht verzichten...“

SCHLOSSBRAUEREI KALTENBERG / Prinz Luitpold kämpft für das Reinheitsgebot

Sorgen eines königlichen Mittelständlers

Es sieht aus wie das Bier aus der „Düppeldorfer Altstadt“: Tiefbraun und mit einer herrlichen Krone aus Schaum. Doch weit gefehlt, und beim Trinken merkt man's: Nicht übergerig, sondern echt untergerig, herb, erfrischend und leicht. „König Ludwig Dunkel“, heißt dieses Bier, das mit 40 Prozent Urfruchtgehalt einen so reinen Reiner einer mittelständlichen Privatbrauerei im bayerischen Kaltenberg geworden ist.

wig Dunkel“ vom Faß einigte man sich schnell auf „Prinz Luitpold“. Und schon war das vorübergehende Ungleichgewicht wieder im Lot. Und als der Prinz voller Stolz durch seine Braustätte führte, sachkundig, engagiert und - was die Verteidigung des Reinheitsgebotes des Bieres angeht - geradezu kämpferisch, war der „Prinz“ vergessen. Es sprach ein mittelständlicher Brauer, der nicht wenig zu kämpfen hat als jeder bürgerliche Mithbewerber.



Hohheit gehen durchaus mit der Zeit und zeigen auch keine Berührungspunkte gegenüber den Kommunisten. So unterhält die Schlossbrauerei Kaltenberg Irmingard Prinzessin von Bayern in Budapest eine Gastbrauerei und vier weitere Brauereien als Joint Ventures mit Genossenschaften des Landes. Und auch

nach den USA und Kanada streckt der Prinz seine Fühler aus.

Lizenzabkommen gibt es mit Schweden und Italien, und 100 000 Hektoliter des Gesamtausstoßes von 250 000 Hektolitern werden nach England exportiert. Den Umsatz gibt der Prinz mit 20 Millionen DM an, die Zahl der Mitarbeiter allein in Kaltenberg mit 100. 25 Prozent des Gerstenmalzes werden als PabBier an den Mann (und die Frau) gebracht, der Rest als Flaschenbier, aber nicht auf dem Einweg. Der Prinz verzichtet auch bewusst auf eine Lieferung an Handelsketten. Auf das dunkle Spezialbier entfallen mittlerweile 30 Prozent des Inlandumsatzes. Den gleichen Anteil hat das Weißbier. Besonders stolz vermeldet Prinz Luitpold, daß er immer noch neue Holzässer anschaffen muß, weil diese von Biergärten gefragt seien.

Ob sich für das reinste und alkoholärmste Getränk unter den alkoholischen Getränken (das im übrigen kalorienärmer ist als Coca Cola, Orangensaft oder Milch), noch weitere Märkte erschließen lassen, ist für die hart bedrängte mittelständische Brauwirtschaft zu hoffen. Vielleicht versucht man es einmal mit einer verstärkten Werbung für das Schönheitsmittel Bier, nach dem Motto „Bei Tisch, vor, während und nach der Mahlzeit Bier trinken und außerdem dreimal täglich den Bufen gründlich mit Bier einreiben“. So jedenfalls Königin Luise von Preußen, der die mittelständischen Privatbrauereien in Bayern für diesen Tip zwar ausdrücklich danken, allerdings mit der Randbemerkung: Gott verleihe ihr diesen Makiel ihrer Herkunft. ARNULF GOSCH

Advertisement for Post-Computer cooperation. Includes text: „...und ab geht die Post“ and a coupon for requesting a consultation. Also features a logo for 'Das Postpaket Schnell und sicher'.



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Design-Kongress - Werkstoffe - Informationstechnik - Nutzfahrzeuge



Mehr als nur ein Werbegag

Design ist weder eine Stiefschwester der Werbung noch überzogener Luxus; innovatives Design ist vielmehr Investitions- und Produktionsbestandteil...

Die Hauptkonkurrenten auf den Weltmärkten hingegen - so die USA, Japan und Frankreich - forcierten ihre staatlichen Anstrengungen zur Design-Förderung...

Effektive Arbeitsabläufe

In der Fertigungsindustrie wächst der Bedarf an integrierten EDV-Lösungen in den Bereichen Entwicklung, Konstruktion und Produktion...

Die USA und Japan haben in der Entwicklung, Herstellung und Anwendung einiger Hochleistungswerkstoffe eine Spitzenstellung...

Der am Wochenende von verschiedenen Ausstellern geäußerte Unmut zum Verlauf der Industrieausstellung wird von der Messe-AG als nicht repräsentativ beurteilt...

Generell positiv äußern sich die Aussteller zur Qualität des Publikums: Der Anteil der Fachbesucher liegt bei 85 Prozent...

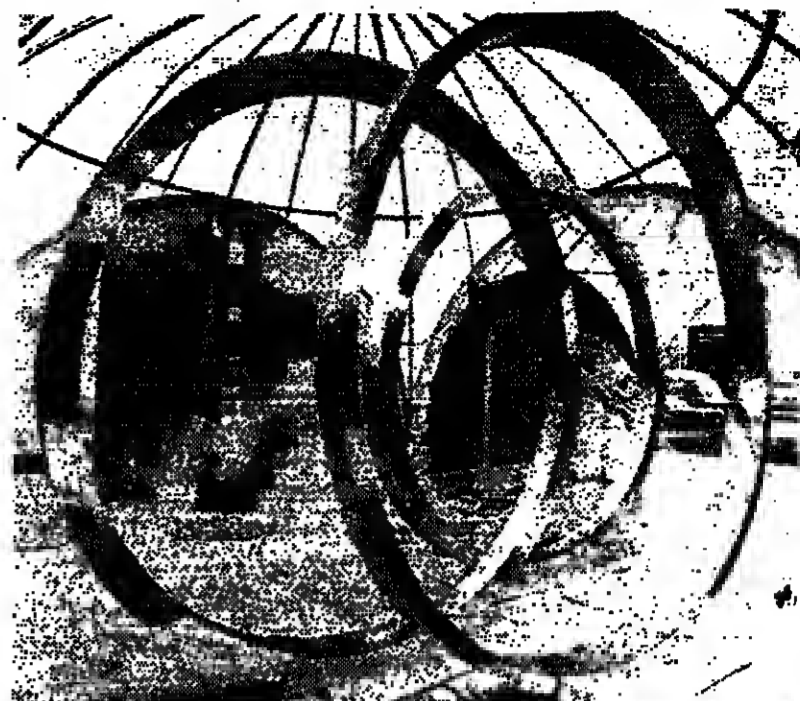
Produkte von morgen sind leichter, leistungsfähiger und beständiger

Leichter, leistungsfähiger und beständiger sollen sie sein - die neuen Werkstoffe für die Produkte von morgen...

Die USA und Japan haben in der Entwicklung, Herstellung und Anwendung einiger Hochleistungswerkstoffe eine Spitzenstellung...

Im Bereich Verbundwerkstoffe umreißt Professor Heinz Haferkamp, Leiter des Instituts für Werkstoffkunde und Materialprüfung...

Auch unter der Zielsetzung einer Gewichtsverringerung hat VW alternative Materialien für das Kurbelgehäuse des Motors erprobt...



Für die Europa-Rakete Ariane produziert Thyssen saubere gewählte Ringe

Konzentration ist nötig

Der Markt für Nutzfahrzeuge in der Bundesrepublik beginnt sich zwar auf niedrigem Niveau zu stabilisieren...

ganze Reihe von Firmen, die sich ausschließlich mit Service-Aufgaben beschäftigen. Gerade in diesem Bereich...

Advertisement for Karl Knauer, including text: 'Ich traue um meinen geliebten Mann Karl Knauer geb. 3. 3. 1901 gest. 10. 4. 1986'.

Advertisement for Günter Brey, including text: 'Unser Mitinhaber, Herr Günter Brey \* 12. 12. 1916 † 1. 4. 1986'.

Advertisement for Samuel Werner and Kiki geb. Zeltmann, including text: 'Goldene Hochzeit Samuel Werner und Kiki geb. Zeltmann'.

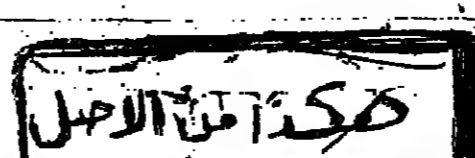
Advertisement for Walter Schuldt, including text: 'Walter Schuldt \* 15. Januar 1906 † 10. April 1986'.

Advertisement for Karl Knauer, including text: 'Wir trauern um Herrn Karl Knauer der am 10. 4. 1986 kurz nach Vollendung seines 85. Lebensjahres plötzlich und unerwartet für immer von uns gegangen ist'.

Advertisement for Walter Schuldt, including text: 'Am 10. April 1986 verstarb plötzlich unser im Ruhestand lebendes ehemaliges Vorstandsmitglied Herr Walter Schuldt'.

Advertisement for Familienanzeigen und Nachrufe, including text: 'Familienanzeigen und Nachrufe können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden'.

Advertisement for CASSELLA AG, including text: 'CASSELLA AG Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am Montag, dem 26. Mai 1988, 10.00 Uhr...'.



AUSBILDUNG / Ringverband der Übungsunternehmen

Wie in Scheinfirmen der Betriebsalltag geprobt wird

ANDREAS ENGEL, Neunkirchen Die Firma ist reiner Schwindel. Das weiß sogar das Finanzamt. Und dabei klingt der Name völlig echt: Stahlkonstruktion Neunkirchen GmbH. Aber nicht nur das - die Angestellten arbeiten mit Aktenordnern, Schreibmaschinen, Formularen und einer EDV-Anlage. Einen Haken hat die Sache allerdings, denn das "Personal" sind Auszubildende. Sie simulieren in einer Übungsfirma am kaufmännischen Berufszentrum der saarländischen Stadt den Betriebsalltag.

Es passiert hier genau dasselbe wie in jedem anderen Unternehmen. Nur bei uns gibt's Stahlkonstruktionen bloß auf dem Papier, sagt Azubi Rita Becker, eine von insgesamt 23 Lehrlingen. Die Einrichtung wird von den Landkreisen in Saarland, dem Berufsförderungswerk in Saarbrücken und der Landesregierung finanziert. Im Gegensatz zum herkömmlichen Unterricht werden die Schüler praktisch als Sachbearbeiter eingesetzt.

In der Bundesrepublik Deutschland existieren bereits über 500 solcher Scheinbetriebe, die auch zur Fortbildung von Arbeitslosen dienen und sich in Heidelberg zu einer "Zentralstelle für Übungsfirmen" zusammengeschlossen haben. Dort ist jedes Unternehmen in ein "Handelsregister" eingetragen und mit "Grundkapital" ausgestattet. Gleichzeitig fungiert diese Stelle als Krankenkasse, Amtsgericht, Versicherung oder Finanzamt, das sich gelegentlich auch eine Steuererklärung vorlegen läßt.

Der Einsatz ist groß

Dieser Ringverband stellt eine regelrechte Schattenwirtschaft dar. Durch diese Instrumente herrscht bei uns der Zwang, unter real existierenden betriebswirtschaftlichen Bedingungen zu arbeiten, meint Günter Feyand, Ausbildungsleiter der Übungsfirma in Neunkirchen. Unter Geschäftsaufsicht werden in der fiktiven Geschäftswelt Waren verarbeitet, angeboten, verkauft, Rechnungen ausgestellt und Buchungen vorgenommen. Die Azubis dürfen sogar Statistiken und Bilanzen aufstellen. Der Einsatz und der Ehrgeiz ist in der Tat groß, obwohl in der EDV-Kartei erst

zwölf fingierte Mitarbeiter aufgeführt sind. Im Betriebsablauf ist auch eine Pleite der Übungsfirma eingeplant, aber bis es möglicherweise so weit kommt, werden die Azubis erst einmal kleinere Unregelmäßigkeiten zu bewältigen haben. Da geht mal eine Sendung verloren, damit Schadensabwicklungen geübt werden können, berichtet Feyand. Oder da wird mal ein Produktionsausfall vorgeschützt, damit die Mitarbeiter lernen können, wie auch unter schwierigen Bedingungen die Liefertermine einzuhalten sind.

Vergütung vom Arbeitsamt

In Neunkirchen bleiben die Azubis nach einjährigem Berufschulbesuch zwei Jahre in der Übungsfirma, bis sie dann vor der Industrie- und Handelskammer die Prüfung ablegen. Bezahl werden die jungen Leute allerdings nicht wie normale Auszubildende, sondern sie erhalten vom Arbeitsamt lediglich eine Vergütung. Dafür können sie in der Übungsfirma ihrer Phantasie freien Lauf lassen und sich voll mit dem Metier vertraut machen. Zusatzmaßnahmen der herkömmlichen kaufmännischen Ausbildung, wie zusätzliche Praktika oder Vorträge, fallen für sie flach. Das jedoch scheint gar nicht tragisch zu sein, denn eine gerade veröffentlichte Untersuchung des Berliner Soziologenhepares Professor Dr. Elke und Dr. Heinrich von der Haar belegt: Das steigende Angebot von Zusatzmaßnahmen bei der Ausbildung hat das durchschnittliche Niveau der Berufsausbildung erheblich gesenkt.

Zur Praxisnähe der Übungsfirmen gehört auch, daß den Scheinfirmen Unternehmen aus der deutschen Industrie quasi als Paten zur Verfügung stehen. Das ist auch in Neunkirchen nicht anders. Langst haben übrigens große Konzerne wie IBM, Hoechst oder Bayer bereits selbst Übungsfirmen gegründet, um ihr eigenes Personal praxisnah auszubilden. In den Personalabteilungen der echten Betriebe wird zwar zuweilen befürchtet, daß die Übungsfirmen am Markt vorbeiproduzieren. Doch diese Feststellung kann gar nicht ernst gemeint sein. Auf die Ausbildung kommt es an. In den Übungsfirmen ist sie optimal abgestimmt - mehr als nur Training für den Berufsstart.

SONDERZAHLUNGEN / Viele Arbeitnehmer bekommen ein volles Monatsgehalt

Vom Urlaubsgeld bleibt ein großer Teil in den Fängen des Fiskus hängen

SABINE SCHUCHART, Bonn Mit dem herannahenden Jahresurlaub stehen für viele Arbeitnehmer die kostbarsten Wochen des Jahres vor der Tür. Abgesehen davon, daß die Urlaubsdauer in den vergangenen Jahren immer weiter anstieg, wird auch immer mehr Arbeitnehmern diese Zeit durch ein zusätzliches Urlaubsgeld von ihrem Betrieb verbüßt.

Rund 94 Prozent der Arbeitnehmer, für die Tarifverträge gelten, haben heute Anspruch auf Urlaubsgeld. Vor zehn Jahren waren es noch 79 Prozent. Während in den siebziger Jahren die Zahlungen sehr stark angehoben wurden - von 1972 bis 1978 stiegen sie um 195 Prozent - sind die Betriebe heute bei Erhöhungen verhältnismäßig zurückhaltend. Verbesserungen des Urlaubsgeldes dienen in der Regel nur zur Anpassung an die gestiegenen laufenden Einkommen und treten auch nur noch für einen Teil der Arbeitnehmer in Kraft.

Zusammen mit der Weihnachtsgratifikation macht das Urlaubsgeld nach der Tarifvertragsauswertung des Bundesarbeitsministeriums heute für jeden Arbeitnehmer im Durchschnitt rund 92 Prozent eines Bruttomonatseinkommens aus. Rund zwei Drittel der Arbeitnehmer haben Anspruch auf Zusatzleistungen in Höhe mindestens eines vollen Monatsentgelts. Dabei werden Arbeiter und Angestellte hinsichtlich Urlaubsgeld und -dauer inzwischen durchweg gleich behandelt.

Je nach Tarifvertrag wird das Urlaubsgeld auf unterschiedliche Weise berechnet. Die meisten Arbeitnehmer erhalten einen bestimmten Prozentsatz des Bruttomonatseinkommens, im Schnitt rund 47 Prozent. So zählt zum Beispiel das Baugewerbe an seine Arbeiter 30 Prozent eines Monatsentgelts, die papierverarbeitende Industrie 45 Prozent. Mehr erhalten die Arbeitnehmer in der Metallindustrie und im privaten Versicherungsgewerbe, nämlich jeweils rund 50 Prozent des Bruttoeinkommens.

Bei den übrigen Arbeitnehmern erscheint das Urlaubsgeld entweder in Form eines Pauschalbetrages oder als Betrag je Urlaubstag auf dem Lohnstreifen. Der durchschnittliche Pauschalbetrag beträgt knapp 600 DM. Weit darüber liegt der Einzelhandel in

Nordrhein-Westfalen, der seinen Arbeitnehmern in diesem Jahr 1045,50 DM zukommen läßt, nach 1020 DM 1985.

In vielen Tarifbereichen erfolgt eine Staffelung nach Alter oder Betriebszugehörigkeit. So zählt der Groß- und Außenhandel in Nordrhein-Westfalen bis zum 29. Lebensjahr 488 DM und ab dem 30. Lebensjahr 674 DM.

Etwa ein Fünftel der Arbeitnehmer erhält das Urlaubsgeld als Betrag pro Urlaubstag. Die durchschnittliche Höhe ist inzwischen auf 24 DM geklettert. In der Süßwarenindustrie

stetlich auf den Lohnstreifen erscheinen, gelangt ein großer Teil tatsächlich niemals in die Taschen der Arbeitnehmer. Er entfällt auf Sozialabgaben oder bleibt in den Fängen des Fiskus hängen.

Von 2000 DM Urlaubsgeld, die ein verheirateter Arbeitnehmer ohne Kind in Steuerklasse Drei bei einem Grundgehalt von 4000 DM bekäme, werden ihm nach einer Modellrechnung des Bundes der Steuerzahler rund 58 Prozent oder 1158,88 DM ausgezahlt. Einem ledigen Arbeitnehmer ohne Kinder in Steuerklasse Eins mit einem Grundgehalt von 3000 DM bleiben danach in diesem Jahr von 1500 DM Urlaubsgeld sogar nur 653,87 DM oder 43 Prozent. Trotz der zum Jahresbeginn vorgenommenen Steuerreformkorrektur erhält er nur knapp 34 DM mehr als 1985.

In vielen Fällen bleibt den Arbeitnehmern nach den Modellrechnungen in diesem Jahr sogar netto weniger vom Urlaubsgeld, weil die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung angehoben wurden. Und dabei sind die beiden Fallbeispiele noch nicht einmal Extremfälle, meint der Steuerzahlerbund. Ein lediger Arbeitnehmer ohne Kinder in Steuerklasse Eins und mit einem Grundgehalt von 4000 DM erhält de facto von einem Brutto-Urlaubsgeld von 2000 DM lediglich 706,51 DM oder rund 35 Prozent ausgezahlt.

Auf keiner Verdiensterhebung sind die Zulagen zu finden, die der Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren durch die Verlängerung des Urlaubs, also des Gewinns an bezahlter Freizeit, verbuchen konnten. Praktisch jeder tarifvertraglich erfaßte Beschäftigte hat heute einen Urlaub von vier Wochen und mehr. Eine kürzere Urlaubsdauer ist nur noch in wenigen Tarifverträgen und dort nur für jüngere Arbeitnehmer vorgesehen.

Über 90 Prozent der Arbeitnehmer haben Anspruch auf einen mindestens fünfwöchigen Urlaub. Sechs Wochen erhalten fast zwei Drittel. Eine Urlaubsdauer von 18 Werktagen oder drei Wochen, wie sie im Bundesurlaubsgesetz als gesetzlicher Mindesturlaub vorgeschrieben ist, findet sich heute in keinem Tarifvertrag mehr.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

sind es zum Beispiel 21 DM je Urlaubstag. In der chemischen Industrie 30 DM.

Aus der Sicht der Arbeitgeber sind die Lohnfortzahlung während des Urlaubs und das Urlaubsgeld Teil der hohen Personalnebenkosten. Von den 80,20 DM Personalnebenkosten, die im vergangenen Jahr in der Industrie auf 100 DM Direktentgelt kamen, so hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln berechnet, entfielen allein 20,60 DM auf Leistungen für Urlaub und Urlaubsgeld. In absoluten Zahlen betragen die Aufwendungen für jeden Arbeitnehmer 6400 DM.

Doch von den Milliardenbeträgen, die in der Urlaubszeit insgesamt zu

INFORMATIKER / Zu wenig Studienplätze

Den Hochschulabsolventen ist ein Arbeitsplatz sicher

Stil, Bonn Informatikern eröffnen sich auf Jahre hinaus gute Berufsperspektiven. Dies werde sich auch in einer künftigen Rezession kaum ändern. Zu diesem Schluß kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) in einer Kurzinformation.

Die ersten Informatiker kamen vor etwa zehn Jahren auf den Arbeitsmarkt. Die Computerspezialisten für Software und Anwendungen hätten sehr schnell gezeigt, daß sie ihre an der Hochschule erworbenen Qualifikationen in der Praxis gut anwenden könnten. Eine Komponente ihres Berufserfolges sieht Werner Dostal vom IAB in der Innovationsfreudigkeit dieser Hochschulabsolventen, die sie bereits bei der Wahl ihres Studienfaches unter Beweis gestellt hätten. Ob auch alle heutigen Studenten die hohen Anforderungen bewältigen könnten und dann so erfolgreich im Beruf sein würden wie ihre Kollegen der ersten Stunde, ist nach Dostals Ansicht nicht so sicher. Doch der quantitative Bedarf nach Computerspezia-

listen, insbesondere Softwareherstellern, ist so groß, daß auf absehbare Zeit alle eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten werden", kann Dostal die Studierenden beruhigen.

Die Zahlen sprechen für sich: Zu einem jährlichen Mehrbedarf von rund 8000 Arbeitskräften kommt eine Personallücke von mindestens 30 000 Personen im Softwarebereich. Diesen Bedarf stehen derzeit nur etwa 25 000 Studenten und jährlich 1200 Hochschulabsolventen gegenüber. Angesichts des Mangels an Nachwuchskräften greifen die Unternehmen nach Feststellung des IAB zu Notlösungen. Sie stellen Personen aus der mittleren Bildungsebene ein, suchen Absolventen anderer Fachrichtungen mit Nebenfach Informatik oder schulen Mitarbeiter um.

Die guten Beschäftigungsaussichten führen zu einem Run auf die Studienplätze, dem die jungen Informatik-Lehrstühle nicht gewachsen sind. Einer Ausweitung der heute doppelt bis dreifach belegten Kapazität steht vor allem der Mangel an Hochschullehrern entgegen.

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Schädigung im Mutterleib

Wenn ein Kind bei der Geburt eine Infektion an Gelbsucht erleidet, die auf eine Berufskrankheit der Mutter während der Schwangerschaft zurückgeht, dann steht das Kind nach dem Urteil 2 RU 43/84 vom 30. 4. 1985 des Bundessozialgerichts einem Versicherten gleich, der einen Arbeitsunfall erlitten hat. Dagegen hat nach der Entscheidung 2 RU 44/84 vom 30. 4. 1985 ein Kind, das durch die Folgen einer von seiner Mutter vor seiner Zeugung erlittenen Berufskrankheit geschädigt worden ist, keinen Anspruch auf Entschädigung aus der gesetzlichen Unfallversicherung.

des Bundesfinanzhofs (IX R 56/82), daß sie selbst dann nicht als Werkverpackung abgezogen werden dürfen, wenn eine Bausparkasse die Finanzierung von Hauswerb vom Abschluß einer Risikolebensversicherung durch den Bausparer abhängig macht. Dieses Urteil wandte der Bundesfinanzhof in einem weiteren Fall (IX R 61/82) an, in dem der Erwerber eines Mietwohngrundstücks zur Sicherung der vereinbarten Leibrente an den Veräußerer eine Risikolebensversicherung abgeschlossen hatte.

Lebensversicherung

Beiträge zu einer Risikolebensversicherung dienen in erster Linie der Tilgung einer im Falle vorzeitigen Todes noch offenen Restschuld. Sie stellen zu einem nicht unwesentlichen Teil private Lebensführungskosten dar. Hieraus folgt nach Auffassung

Berufsunfähigkeit

Bei der Prüfung der Berufsunfähigkeit kann nach dem Urteil 5 b/1 RJ 14/84 vom 29. 10. 1985 des Bundessozialgerichts ein Alphabet einem gelerntem Facharbeiter auch dann nicht gleichgestellt werden, wenn er die praktischen Arbeiten eines Facharbeiters ausgeübt hat.

Honda advertisement for the Accord EXi. Text includes 'Faszinierend. Der Aufstieg in die Fahrkultur. Honda Accord EXi', 'Seln Vorsprung fordert zum Vergleich: mit elitären Fahrwerken und dynamischen Triebwerken...', 'Die Basis dieser großzügigen Kompakt-Limousine ist ihr in der Formel 1 gereiftes „Double Wishbone“-Fahrwerk...', 'Es steht für ein Höchstmaß an Präzision und Sicherheit in allen Fahrsituationen.', 'Angetrieben wird die neue Honda Accord EX-Generation von einem Programm modernster 12-Ventil-Triebwerke. An der Spitze: die 2.0 EXi Einspritz-Version mit 90 kW (122 PS). Kraftvolles Drehmoment, seidenweicher Durchzug und absolute Laufruhe eröffnen eine neue Dimension des kultivierten Reisens.', 'Aus der Summe neuer Werte ist eine Fahrkultur entstanden, an deren Status sich die Elite messen wird.', 'Die erste Fahrt ist ein Erlebnis: der Schritt nach vorn in eine neue Klasse. Honda Deutschland GmbH, Offenbach/M.', 'HONDA ACCORD' logo and license plate 'S HV 7194'.

# Aktien auf neuem Höchststand

## Starke Beteiligung der Ausländer an den Käufen

DW. - Die Anlagebereitschaft in deutschen Aktien hat sich international verstärkt. Nach intensiver Vorarbeit großer deutscher Banken flossen aus dem Ausland am Wochenende umfangreiche Kaufaufträge an die Börsen. Sie führten am Aktienmarkt zu einem neuen histo-

rischen Höchststand. An den Käufen waren aber auch inländische institutionelle Investoren sowie die private Bankenkundschaft beteiligt, die nicht bereit ist, den niedrigen Kapitalkurs zu akzeptieren, sondern im Erwerb von Aktien eine Alternative sieht.

Kurspreise bei den Großbörsen zwischen 10 und 20 DM sind auf massive Anlageempfehlungen sowohl der Kreditinstitute selbst als auch von Börseninformationsgesellschaften zurückzuführen. Bei den Hypothekendarlehen hielt die Hausbewegung unverändert an. Am Aktienmarkt überschritten Damier wieder die schon früher einmal erreichte 1500-Mark-Grenze. Die Spekulationen über die Beteiligung der Aktionäre am 100-jährigen Jubiläum erneut auf VW-Aktien kletterten auf einen neuen Höchststand. Die vor dem Abschluss stehenden Verhandlungen über die Trennung von Trümpf/Adler, ein Engagement von 30 Millionen Mark, das die Wolfstaler viel Geld und die Aktionäre manchen an Dividende gekostet hat, werden aber positiv beurteilt. Mit einiger Verzögerung sollte der Verkauf des Siemens aus dem Konzern nach be-

in Bewegung. Sehr stark tendierten erneut Versicherungsaktien, von denen Allianz Versicherung um knapp 100 DM anstieg.

Frankfurt: Didier machten nach doppelter Finanzstärkung mit plus 53 DM den größten Sprung nach vorn. Conella gewannen 19 DM. Adler zogen um 10 DM und Südzucker um 20 DM an. Aescapal verminderten um 10 DM und Buderus um 20 DM.

Berlin: Späher Zehlendorf wurden um 50 DM höher taxiert. Berlin Elektro zogen um 43 DM und Schering um 19 DM an. Springer verbesserten sich um 15 DM. DeTeWe gaben um 9 DM und Orestein um 8 DM nach.

München: Agrob Vz. erhöhten um 5 DM und Decker um 6 DM. Dreydack stiegen um 7 50 DM auf. Nachgelegen haben Tucher um 7 DM und Exler um 4 DM.

Stuttgart: Dalmer und Mercedes nahmen mit einem Plus von rund 55 DM die ersten Plätze ein, gefolgt in Porsche mit plus 15 DM. Würtembergische Hypothekendarlehen erhöhten um 8 DM.

Nachfrage: weiter fest  
WELT-Aktienindex: 1547,74 (1539,18)  
WELT-Unternehmensindex (1577)  
Advantage-Quote-Zahl: 140 (117)

### Inland

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Köpenhagen

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Luxemburg

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### New York

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Paris

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Singapore

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Tokio

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Stockholm

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Wien

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Zürich

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### London

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Moskoo

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Moskoo

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Osaka

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Waren

Gold 154,24  
Silber 12,72  
Platin 524,00  
Nickel 21,00  
Zinn 32,00  
Kupfer 24,00  
Aluminium 12,00  
Zink 18,00  
Blei 14,00  
Eisen 10,00  
Kobalt 28,00  
Mangan 14,00  
Molybdän 12,00  
Vanadium 14,00  
Tungsten 14,00  
Zinn 32,00  
Kupfer 24,00  
Aluminium 12,00  
Zink 18,00  
Blei 14,00  
Eisen 10,00

### Optionshandel

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### WELT-Aktien-Indizes

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Devisenmärkte

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Devisen und Sorten

1.4.11.14.	2999	2790
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700
A. Ador	1729	1700

### Waren

Gold 154,24  
Silber 12,72  
Platin 524,00  
Nickel 21,00  
Zinn 32,00  
Kupfer 24,00  
Aluminium 12,00  
Zink 18,00  
Blei 14,00  
Eisen 10,00  
Kobalt 28,00  
Mangan 14,00  
Molybdän 12,00  
Vanadium 14,00  
Tungsten 14,00

### Waren

Gold 154,24  
Silber 12,72  
Platin 524,00  
Nickel 21,00  
Zinn 32,00  
Kupfer 24,00  
Aluminium 12,00  
Zink 18,00  
Blei 14,00  
Eisen 10,00  
Kobalt 28,00  
Mangan 14,00  
Molybdän 12,00  
Vanadium 14,00  
Tungsten 14,00

UPPERCASE







JOURNAL

Gelehrtenstreit um den Speyerer Dom

Der 850 Jahre alte Speyerer Dom ist nach seiner Restaurierung weiter von der Romanik entfernt als zuvor...

Florenz eröffnet eine Mode-Universität

In Zusammenarbeit mit dem New Yorker Fashion Institute of Technology wird Florenz im September eine Mode-Universität...

Montreal präsentiert „Jüdische Kunst“

Eine Ausstellung jüdischer Kultgegenstände aus den staatlichen Sammlungen der Tschechoslowakei...

China veranstaltet ein Shakespeare-Festival

In Peking und Schanghai finden bis Ende April die ersten Shakespeare-Theaterfestspiele in China statt...

Wettbewerbsthema: Wer schreibt an Goethe?

Der Fachinger-Kulturpreis wurde zum zweiten Mal von der Firma Staatliche Mineralbrunnen Siemens Erben...

Mickey, Donald und Bugs Bunny im Museum

„Mickey Mouse, Asterix u.Co.“ heißt eine Ausstellung des Deutschen Filmmuseums in Frankfurt...

Seligsprechung einer Briefschreiberin - Zu Margarethe von Trottas neuem Film „Rosa Luxemburg“

Der arme Büffel und der Klassenfeind



Zwischen Lasalle und Karl Marx: Barbara Sukowa (Mitte) als revolutionäre Rednerin Rosa Luxemburg in Margarethe von Trottas Film

Nachdem man diesen Film gesehen hat, darf man Empfindungen haben und sie auch spontan äußern...

Das beginnt schon damit, daß es hier keine klare zeitliche Abfolge gibt. Die Handlung beginnt 1916 im Gefängnis von Wronke...

aus dem Hafrum nicht wieder ins Freie fand, und gleichzeitig zur Eliminierung von „Klassenfeinden“ aufrufen...

Schlimmer freilich ist die penetrante, unkritische Erklärung der Titepersönlichkeit in diesem Film. Die historische Rosa Luxemburg war bei weitem nicht so ansehlich wie ihre Darstellerin Sukowa...

Das Wesen der historischen Rosa Luxemburg war durch gewaltige Spannungen und Gegensätze bestimmt. Sie konnte sich in ihren Briefen aus dem Gefängnis über das Schicksal einer Himmeln erregen...

eroben und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte...

Ich halte diese Aussparung von Rosa Luxemburgs aggressiver Gewaltbereitschaft in der filmischen Umsetzung für unredlich. Nun hat die Regisseurin mehrfach erklärt...

Aber selbst die Auswertung der Briefe ist sehr einseitig gewesen, um ein verklärtes Bild der Berufsrevolutionärin zu erzeugen...

Wörtlich schrieb sie: „Auf Proletariat! Zum Kampf! Es gilt, eine Welt zu

beklagte. Über ihre Katze Mimi äußerte sie sich öfter und ausführlicher als über Kunst und Literatur...

Zwei Filmzeilen sind besonders unheimlich: Im Breslauer Gefängnis verkündet der Direktor den weiblichen Häftlingen - außer Rosa Luxemburg alles Kriminelle...

Das furchtbare Ende der Rosa Luxemburg und die beschämende Tatsache, daß dieser Mord nie gesühnt worden ist...

Kunst auf Draht

RFS - Auf den richtigen Namen kommt es an. Also erfand man als schmückendes Beiwerk zur 10. Internationalen Düsseldorfer Fachmesse Draht und Kabel...

Bonn: Bizets „Carmen“ unter Giancarlo del Monaco

Eine Nacht im Hotel

Der vierte Akt der von Giancarlo del Monaco inszenierten und von Michael Scott ausgearbeiteten „Carmen“ an der Bonner Oper ist ein Geniestreich...

Nicht bei del Monaco. Der Akt spielt in Escamillos Hotelzimmer, wo er die vergangene Nacht mit Carmen verbracht hat...

Hotelzimmer, sagten wir. Ja, del Monaco und Scott lassen das Stück irgendwo in der jüngeren Vergangenheit spielen...

München: Becketts „Glückliche Tage“ unter Tabori

Was will Tristan hier?

Während der achtzigjährige Samuel Beckett sich offenbar immer mehr dem Null-Theater nähert...

Im Münchner Werkraum besorgt das der hierin erfahrene George Tabori mit seiner Inszenierung der „Glücklichen Tage“...

stümmerung schilt das Drama, die Liebes- und Eifersuchtstragödie mit ihren vielen sozialen Nebenaspekten...

Dabei helfen die Sänger enorm. Bonn sieht die erste Carmen der Lucia Valentini-Terrani...

Die „eigentliche“ Entdeckung des Abends freilich ist der Amerikaner John Sander als Don José. Es ist nicht gerade eine bemerkenswerte Stimme...

Er singt ein Loblied auf die Frauen - Das neue Programm des Chansonniers Renaud begeistert Paris

Doch für Miss Maggie gibt es leider kein Pardon

Da hätte doch ein junger Chansonsänger beinahe die französisch-englischen Beziehungen völlig durch einandergerührt...

Dieser letzte Vers, der ironisch-boshaft und sehr persönlich die englische Regierungschefin attackiert...



Große Liebe zum deutschen Theater: Die polnische Regisseurin Anna Matysiak

Inspiziert vom Frühling in Freiburg - Ein Porträt der jungen polnischen Regisseurin Anna Matysiak

Die Schmerzen gehören nun einmal zum Leben

„Ich fühle mich“, sagt Anna Matysiak, „ein bißchen wie im Himmel“. Die temperamentvolle Regisseurin aus Warschau...

mit wenigen sorgsam gesetzten Farbtupfern belebt. Das Ehepaar, das vor der sterblichen Krankheit des Mannes...

für einen Polen - das heißt über dem Abgrund am Leben bleiben. Und für Anna Matysiak besonders...

Sie spielt immer ein hübschen Theater, auch im Gespräch, beim Essen, beim Einkaufen...

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

